# **UNION** intern



Kreisverband Reutlingen

# Das offizielle Mitgliedermagazin der CDU Baden-Württemberg



#### CDU Baden-Württemberg



# Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz

- » Armin Laschet MdL Seite 4
- » Friedrich Merz Seite 4
- » Dr. Norbert Röttgen MdB Seite 5

#### CDU Baden-Württemberg



# Der richtige Weg aus der Corona-Krise

- » Sich nah sein, ohne am selben Ort zu sein: Erstes Digitales Kampagnencamp der CDU Baden-Württemberg – Seite 30
- » Thomas Bareiß: "Unsere Zukunft wird im Mittelstand gemacht: Mit Stärke aus der Krise" – Seite 6
- » Dr. Susanne Eisenmann: "Behutsam zu mehr Normalität" – Seite 7





Online-Marktplatz · Unternehmensprofil · Gutscheinverkauf Terminbuchungstool · Print- & Onlinewerbung

Getreu unseres Mottos "Heimat stärken" haben wir von Nussbaum Medien für Sie ein passendes Paket für die kurzfristige und vielseitige Digitalisierung Ihres Unternehmens entwickelt. Mit kaufinBW können Sie Ihre Angebote weiter online anbieten und ausliefern und sind über Ihre Ortsgrenzen hinaus 24/7 sichtbar. Sie profitieren zudem von der hohen Reichweite aus digitalen Medien und Lokalzeitungen der Nussbaum Medien. Gemeinsam stärken wir die Heimat.







# Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

die Corona-Pandemie hat unsere Welt bereits seit vielen, vielen Wochen fest im Griff. Wir leben mit einer Situation, die die meisten von uns sich so niemals hätten vorstellen können. Die letzten Wochen waren eine unglaubliche Belastungsprobe. Wochenlang hatten unsere Schulen und Kindertagesstätten praktisch komplett geschlossen, viele von Ihnen waren im Homeoffice, Abstand halten ist das neue Gebot der Stunde, der Mundschutz ist unser neuer stetiger Begleiter und unser Gesundheitssystem hat Außergewöhnliches geleistet. Wir haben zum Beispiel das Osterfest im April nur sehr eingeschränkt feiern können. Mir hat es sehr gefehlt, wie in all den vielen Jahren zuvor die gewohnten Gottesdienste am Karfreitag und Ostersonntag zu besuchen. Die ganze Bevölkerung musste schwere Einschränkungen hinnehmen – und sie tat das in Baden-Württemberg zum allergrößten Teil sehr vernünftig und diszipliniert.

#### Wir halten zusammen!

Die letzten Wochen haben ganz deutlich gezeigt, dass wir zusammenstehen, dass wir diese noch nie dagewesene Herausforderung gemeinsam angehen. Baden-Württemberg ist ein Land mit einem Bindestrich. Und diese Verbindung, diesen Zusammenhalt leben wir hier - das haben die letzten Wochen eindrucksvoll gezeigt. Wir haben für unsere Nachbarn, Freunde und auch bis dahin völlig Unbekannte eingekauft oder sie auf andere Weise unterstützt, haben unseren Landwirtinnen und Landwirten bei der Ernte geholfen, haben nicht am selben Ort aber trotzdem gemeinsam musiziert. Diese unzähligen Alltagshelden waren es, die während dieser ganzen Zeit immer Hoffnung und Zuversicht gegeben haben. Nicht zu vergessen, all jene, die hauptberuflich unter den außergewöhnlichen Corona-Bedingungen Großartiges geleistet haben. Und Ihnen allen möchte ich daher an dieser Stelle auch meinen großen Dank aussprechen!

Im Umgang mit Corona gab es keine Blaupause, wir mussten jeden Tag aufs Neue völlig neue, völlig andere Fragestellungen klären und mit den Herausforderungen umgehen. Ich bin mir aber sicher, dass wir in Baden-Württemberg und ganz Deutschland auf einem guten Weg sind, um in eine neue Normalität zu gehen – keine Normalität ohne Corona, sondern eine Normalität mit Corona. Besonders wenn wir in andere Länder schauen, und sehen, was alles hätte passieren können, bin ich umso dankbarer, wie wir hier mit dieser Lage umgegangen sind.

#### Umsicht und Besonnenheit an erster Stelle

Corona – auch wenn das Virus scheinbar immer weniger präsent ist – geht nicht einfach so von heute auf morgen weg. Wir werden mit Corona leben müssen, jedenfalls bis ein wirksamer Impfstoff gefunden wurde. Deshalb auch mein Wunsch und mein Appell: Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, diesen Erfolg, unseren Umgang mit dieser Lage, zu erhalten. Freilich, nicht jeder muss so besorgt sein wie die Regierung, wie wir Politiker – aber es wäre naiv, wenn wir nicht diese Umsicht und Besonnenheit an erste Stelle rücken würden.

Mitte Juni kam als ein wichtiges Instrument auch die Corona-App auf den Markt. Die Corona-Warn-App hilft uns festzustellen, ob wir in Kontakt mit einer infizierten Person geraten sind und daraus ein Ansteckungsrisiko entstehen kann. So können wir Infektionsketten schneller unterbrechen. Und ich möchte Sie alle an dieser Stelle dazu aufrufen, sich diese App zu installieren – falls Sie das noch nicht getan haben. Ich selbst habe die Anwendung gleich am ersten Tag auf mein Smartphone geladen.

# Unser Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung

Ein enorm wichtiges Frühwarnsystem ist unser Verfassungsschutz. Im Juni habe ich in Stuttgart den neusten Verfassungsschutzbericht vorgestellt. Unser Leben in Freiheit ist zunehmenden Belastungen und Gefahren ausgesetzt. Größte Bedrohung ist der Rechtsextremismus. Mit dem Anschlag in Halle am 9. Oktober 2019 und dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke am 2. Juni 2019 hat sich eine Entwicklung konkre-

tisiert, vor der die Verfassungsschutzbehörden und ich selbst seit Jahren warnen.

Freilich bleibt die Bedrohung durch den Islamistischen Terror weiter bestehen und der Linksextremismus ist am Erstarken. Deshalb ist so wichtig und deshalb gilt: Der Verfassungsschutz hat einen 360-Grad-Blick, um Gefahren für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung frühzeitig zu erkennen und abzuwenden.

#### Wir stehen hinter unserer Polizei

Die gewaltsamen Ausschreitungen, die wir in der Nacht vom 20. auf 21. Juni in Stuttgart erleben mussten, waren von einer in Baden-Württemberg bisher noch nie da gewesenen Brutalität. Und so etwas werden wir in unserem Land definitiv nicht dulden. Plünderungen, Randale, Gewalt gegen unsere Polizistinnen und Polizisten – das geht gar nicht! Das wird mit der ganzen Härte des Rechtsstaats verfolgt. Da gilt der Grundsatz: Wehret den Anfängen! Da gilt null Toleranz!

Mehr als 280 Polizistinnen und Polizisten waren in dieser Nacht im Einsatz für unsere Sicherheit, 20 wurden auf brutale Weise verletzt. Insgesamt sind rund 24.000 Polizistinnen und Polizisten landesweit Tag und Nacht für unseren Schutz im Einsatz. Und wir wissen diesen Einsatz mehr als zu schätzen. Für uns als CDU ist ganz klar: Wir stehen vor und hinter unserer Polizei! Wir wissen, was wir an unserer Polizei haben. Wir unterstützen und respektieren unsere Polizei! Und wir sind dankbar für die Arbeit der Polizei – auch für den gefährlichen und schwierigen Einsatz in den frühen Morgenstunden des 21. Juni.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen schönen Sommer! Und bleiben Sie vor allem gesund.

Herzliche Grüße

Ihr

Minister Thomas Strobl
Landesvorsitzender

# Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz

#### Kandidat für den Bundesvorsitz

#### **Armin Laschet MdL**



# Die CDU als Motor für mehr Fairness in unserem Land

"CDU überholt die Grünen in der Wählergunst". So titelten die Stuttgarter Nachrichten in den Tagen der Krise über die politische Lage in Baden-Württemberg. In der Krise kommt es auf die CDU an. Und wir werden unserer Verantwortung gerecht – Tag für Tag geben wir unser Bestes, um unser Land mit Weitsicht aus dieser Krise zu führen.

Die Herausforderungen waren groß und werden riesig: Die alles verändernde Digitalisierung, die beschleunigte Globalisierung, der voranschreitende Klimawandel – und nun auch noch die Corona-Pandemie. Unser Antrieb bei der Bewältigung dieser Herausforderungen ist das Ziel, dass es den Generationen nach uns einmal bessergeht. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir Wohlstand, Nachhaltigkeit, Bildungschancen, gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden miteinander verbinden – und nicht gegeneinander ausspielen.

Unser Kompass ist und bleibt das christliche Menschenbild: Es kommt auf den Einzelnen an, der sich erst in der Gemeinschaft voll entfalten kann. Die Kernbausteine unserer Programmatik – das Christlich-soziale, das Liberale und das Konservative – haben uns schon durch manchen Sturm sicher geführt.

In der Zeit stehen, aber nicht mit jeder Mode gehen – das hat uns stark gemacht und damit haben wir Deutschland stark gemacht, im Bund wie in den Ländern. Unsere solide Haushalts- und Finanzpolitik war nicht immer beliebt, aber erst diese macht uns auch in diesen Tagen der großen Not als Staat so handlungsfähig. Mit einer konsequenten Nulltoleranz-Politik gegen Kriminalität, ob gelegen oder ungelegen, schaffen wir Vertrauen in einen

starken Staat. Um unsere Unternehmen als tragende Säule unseres Wohlstands vorübergehend zu stützen, verstehen wir sie als Partner und nicht als Gegner.

Regieren heißt Entscheiden. Die CDU stellt das jeden Tag unter Beweis: Wir springen nicht auf den Zug der moralisierenden Anklagen etwa gegen die Auto-Industrie auf, sondern machen uns gemeinsam auf den Weg in eine technologieoffene, emissionsneutrale Mobilität. Wir fordern nicht nur Beauftragte oder erfinden neue Gesetze, sondern setzen mit beherzter Entbürokratisierung und Entfesselung neue Kraft und Kreativität für moderne Lösungen frei.

Die Politik der CDU braucht für ihre breite Verankerung die konsequente Einbindung der unterschiedlichen politischen Vereinigungen in unserer Partei. Daran müssen wir arbeiten. Die CDU unternimmt jeden Tag den Versuch, unterschiedliche Interessen und Perspektiven zu verbinden und zu versöhnen.

Nur so kann gelingen, was unser Land jetzt am dringendsten braucht: eine neue Fairness zwischen Stadt und Land, Jung und Alt, Arm und Reich, West und Ost. Damit unser Land zusammenhält, in der Krise und darüber hin-

#### **Armin Laschet MdL**

- » Geb. 18.02.61 in Aachen, verheiratet, drei Kinder
- » Jurist, Journalist, ehem. MdB und MdEP
- » 2005 bis 2010 Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration
- » Seit 2010 MdL, 2013 bis 2017 Fraktionsvorsitzender
- » Seit 2012 CDU-Landesvorsitzender und stv. Bundesvorsitzender
- » Seit 2017 Ministerpräsident

#### Kandidat für den Bundesvorsitz

#### Friedrich Merz



Mit unserem Parteitag in Stuttgart stellen wir die Weichen neu – inhaltlich und programmatisch, aber auch personell. Der 04. Dezember 2020 wird ein wichtiger Tag für die größte deutsche und europäische Volkspartei.

Wir haben tiefe Wurzeln und eine lange Geschichte. Beides hilft uns, auch in stürmischen Zeiten standfest zu sein und zugleich den Blick nach vorn zu richten. Als christliche Demokraten wissen wir, dass wir eine Verantwortung haben, die über uns selbst hinausreicht. Wir waren die einzige wirkliche Neugründung einer politischen Partei nach dem zweiten Weltkrieg, und wir haben unser Land geprägt wie keine zweite Partei in Deutschland.

Wenn wir diese Prägekraft auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bewahren wollen, dann müssen wir die Veränderungen unserer Welt aufmerksam wahrnehmen und zugleich den Anspruch an uns stellen, selbst aktiver Teil und Motor dieser Veränderungen zu sein. Ich sehe vor allem drei große Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen:

Der innere Zusammenhalt unserer Gesellschaften schwindet, und wir haben noch keine abschließende Antwort darauf, wie denn die Welt von morgen so gestaltet werden kann, dass Freiheit, Toleranz und Respekt, Solidarität und Gerechtigkeit auch in Zukunft die bestimmenden Werte unserer Gesellschaft bleiben. Insbesondere die Chancen für die junge Generation muss die CDU immer im Blick haben, wenn es darum geht, politische Entscheidungen zu treffen.

Der technologische Wandel beschleunigt die Veränderungen unserer Arbeitswelt in einem Ausmaß, das wir erst langsam beginnen zu verstehen. Deutschland muss unter unserer Führung auch in Zukunft ein Land der Erfinder, der Innovationen, der neuen Ideen und

## Die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz

Kandidat für den Bundesvorsitz

# Dr. Norbert Röttgen MdB



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde!

Die CDU hat sich in der Corona-Pandemie des Jahres 2020 bewährt. Dadurch ist Vertrauen wieder entstanden, das uns die Chance gibt, Deutschland auf allen Ebenen im Sinne christlich-demokratischer Werte zu prägen. Wir müssen nun dafür arbeiten, dieses Vertrauen zu erhalten, und wir müssen für unsere Ziele kämpfen. Das gilt allem voran für unser Selbstverständnis und für unser strategisches Ziel, die - inzwischen einzige - Volkspartei in Deutschland zu bleiben. Dies erfordert eine kompromisslose Abgrenzung nach links und rechts. Allen Bürgerinnen und Bürgern, die diese Grenze mit uns akzeptieren, machen wir ein politisches Angebot aus unseren christlich-demokratischen Werten heraus für die modernen Fragen unserer Zeit. Zu diesen Fragen gehören u.a. Migration und Klimawandel, die digitale Qualifikation unserer Arbeitnehmerschaft und die Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf. Als CDU müssen wir den Anspruch haben, in allen Gruppen der Gesellschaft, vor allem in allen Altersgruppen, Mehrheiten zu erringen. Um von den jungen Menschen wahrgenommen zu werden, müssen wir Teil ihrer digitalen Kommunikation werden und das beste Angebot in den Kompetenzfeldern haben, die die Zukunft entscheiden: Innovationen, Ökologie, internationale Verantwortung.

Die Stärkung der Innovationskraft nicht zuletzt in unseren herausragenden mittelständischen Unternehmen ist die Basis für alles: unseren Wohlstand, unseren Sozialstaat und unsere internationale Stellung. Ökologie, Umwelt – und Klimapolitik sind kein Luxus in wirtschaftlich guten Zeiten, sondern sie verkörpern die Grundlagen unseres Lebens und Wirtschaftens. Die Verbindung von ökonomischer und ökologischer Kompetenz muss unser Markenzeichen sein.

Die internationale Verantwortung Deutschlands wächst immer mehr. Das ist die Folge unserer Stabilität, des enormen internationalen Vertrauens in uns sowie des neuen Kampfes um internationale Macht. Jeder Nachfolger von Donald Trump hat es mit riesigen Herausforderungen im eigenen Land zu tun. Russland wird weiterhin keine Regeln für seinen Machtanspruch respektieren. China wird die Unterdrückung nach innen und die Machtambitionen nach außen weiter steigern. In dieser Umbruchphase steht Deutschland mit Frankreich im Zentrum der Aufgabe, die Selbstbehauptung Europas zu gewährleisten.

Die Diskussion über alle diese Fragen muss wieder in der CDU stattfinden. Eine lebendig diskutierende Partei ist eine Grundvoraussetzung dafür, in herausfordernden Zeiten die richtigen Antworten finden zu können. Genau dafür werden wir gebraucht, in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa.

Ihr Norbert Röttgen

der neuen Technologien sein. Der Klimawandel ist auch das Ergebnis unserer bisherigen Arbeits- und Lebensweise, und daher können wir den Gefahren des Klimawandels nur mit modernster und ressourcenschonender Technologie begegnen.

Zugleich sind wir Zeitzeugen einer geradezu tektonischen Verschiebung der politischen und ökonomischen Machtzentren auf der Welt. Die Europäische Union steht vermutlich vor ihrer größten Bewährungsprobe seit der Gründung. Die CDU muss die Europapartei in Deutschland bleiben und mit dafür Sorge tragen, dass Europa "weltpolitikfähig" wird, das heißt Schritt halten kann mit den Entwicklungen, die ohne eine starke und geschlossene Haltung der Europäer schon mittelfristig unseren Wohlstand ebenso gefährden können wie unsere Freiheit und unsere Demokratie. Das Vertrauen, dass die CDU diese Aufgaben annimmt und lösen kann, müssen wir uns immer wieder von Neuem erarbeiten. Dafür stellen wir in Stuttgart im Dezember 2020 die Weichen.

#### Friedrich Merz

- » Geboren am 11.11.1955 in Brilon / Westfalen, verheiratet, drei Kinder
- » Rechtsanwalt, ehem. MdEP und MdB
- » 2000 bis 2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- » 2009 bis 2019 Vorsitzender der Atlantik-Brücke e.V.
- » 2005 bis 2014 Partner der Internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP, Chicago/Düsseldorf; seit 2014 Senior Counsel bei Mayer Brown LLP
- » Seit 2019 Vizepräsident des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

# Dr. Norbert Röttgen MdB

- » Geboren am 2. Juli 1965 (Meckenheim); verheiratet; zwei Söhne, eine Tochter
- » Rechtsanwalt, seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestags
- » 2005 bis 2009 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- » 2009 bis Mai 2012 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- » Seit Januar 2014 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses



Liest man in diesen Tagen die Wirtschaftszeitungen, so fällt einem der Mut zum Optimismus nicht sonderlich leicht. Die Auswirkungen der Corona-Epidemie auf die Wirtschaft und besonders unseren Mittelstand sind gravierend. Wir befinden uns in der größten Rezession, an die sich unsere Generation erinnern kann. Ich war als Mittelstandsbeauftragter in den letzten Wochen und Monaten rund um die Uhr im Einsatz, habe mit Unternehmen, Soloselbstständigen, Verbänden, den baden-württembergischen Kollegen im Landtag, im Bundestag und den Bundesministerien gesprochen und ich weiß, wie prekär die Lage für viele ist.

Aus meinen eigenen beruflichen Erfahrungen, meiner langjährigen Tätigkeit als Wirtschaftspolitiker und durch meine jetzige Funktion, weiß ich um die überragende Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft in Deutschland: Mehr als 99 Prozent aller Unternehmen zählen zum Mittelstand. Er reicht von Soloselbstständigen über Handwerksbetriebe, freie Berufe und Start-ups bis zu traditionsreichen Familienunternehmen. Der Mittelstand ist es, der über 80 Prozent der Ausbildungsplätze und knapp 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze stellt. Gerade in Baden-Württemberg ist der Mittelstand das wirtschaftliche Rückgrat. Bei uns arbeiten über 6,3 Millionen Menschen in der badenwürttembergischen Wirtschaft, 4,3 Millionen im Dienstleistungssektor und 2 Millionen im produzierenden Gewerbe.

Bei diesen Zahlen wird klar: es steht viel auf dem Spiel. Die einzige Chance – die Krise umzukehren und gestärkt aus ihr hervor zu gehen – bedeutet gemeinsam anpacken, harte Arbeit, sinnvolle Innovation und entscheidende Investitionen in die Zukunft. Trotz vieler pessimistischer Stimmen muss man auch einmal klar sagen, dass wir in dieser Krise durchaus Handlungsfähigkeit bewiesen haben: Mit dem Konjunkturprogramm von 130 Milliarden Euro ist der großen Koalition ein wirklich großer Wurf gelungen. Es ist ein absolutes Kraftpaket und damit ein weiterer Rekord nach dem ersten Rettungsschirm mit über 150 Milliarden Euro. Es ist das umfassendste

Konjunkturprogramm seit dem zweiten Weltkrieg und soll Hebel und Impuls zugleich sein.

Das Konjunkturprogramm liefert wichtige Signale für die Wirtschaft in unserem Land und wird dem Mittelstand helfen und ihn stärken, insbesondere durch die steuerlichen Maßnahmen sowie die Absenkung der Energiekosten. Zum einen stellen wir mit der Überbrückungshilfe von 25 Milliarden Euro für den Mittelstand noch einmal weitere Hilfen für besonders betroffene Branchen bereit wie z.B. für das Hotel- und Gaststättengewerbe und die Reisebüros. Hier zahlen wir mit substanziellen Zuschüssen zu den fixen Betriebskosten dazu. Dies und andere Maßnahmen verschaffen den Unternehmen unmittelbar mehr Spielraum.

"Das Konjunkturprogramm soll ein Aufbruchspaket für unsere Zukunft sein."

Zum anderen stellen wir die Weichen dafür, dass Mittelstand und Industrie vor allem auch kleine und mittlere Unternehmen mit Volldampf aus der Krise kommen können. Beispielsweise können Investitionen schneller abgeschrieben werden. Darüber hinaus Sozialversicherungsbeiträge werden unter 40 Prozent begrenzt. Die steuerliche Forschungszulage wird noch großzügiger ausgestaltet. Wir brauchen auch in Zukunft qualifizierte Fachkräfte - weshalb wir kleine und mittlere Unternehmen finanziell mit einer Prämie unterstützen, die auch in der Pandemie weiter ausbilden. Wir erhöhen die Bemessungsgrundlage für Forschung und Entwicklung in der KfZ-Zuliefererindustrie. Nicht zuletzt entlasten wir die Verbraucher und kurbeln die Nachfrage an, etwa durch die Senkung der Mehrwertsteuer. Dieser nur kleine Ausschnitt des Paketes zeigt: Wir haben die Möglichkeiten mit den wirtschaftlichen Herausforderungen und den Schwierigkeiten der Corona-Pandemie umzugehen und haben den Grundstein für eine wirtschaftliche Erholung gelegt.

Aber das Konjunkturprogramm soll nicht nur stärken und gestalten, es soll auch ein Aufbruchspaket für unsere Zukunft sein. Aus diesem Grund wurden nicht nur klassische Konjunkturmaßnahmen in das Aufbruchspaket mit aufgenommen, sondern vielmehr Fördermaßnahmen, die einen Modernisierungsschub auslösen sollen. Investiert werden soll in Innovationen, etwa in die Digitalisierung, die Quantentechnologie oder die Nutzung von Wasserstoff. Hierbei sehe ich in der technologischen Führungsrolle für Baden-Württemberg enormes Potential.

Wir werden die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch eine ganze Weile spüren, aber wir haben mit dem Konjunktur- und Zukunftsprogramm das Hochfahren unserer Wirtschaft mit einem Paukenschlag eingeleitet.



Thomas Bareiß
MdB ist Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister
für Wirtschaft und
Energie. Als Tourismusbeauftragter
der Bundesregierung sowie Be-

auftragter der Bundesregierung für den Mittelstand kennt er die unterschiedlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf unser Land. Bareiß ist Bezirksvorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern und Mitglied im CDU-Bundesvorstand.



Erfolgreich haben wir die Verbreitung des neuartigen Corona-Virus stark verlangsamt. Dank unseres entschlossenen Handelns als Union auf Bundes- wie auf Landesebene und unserer aller Disziplin haben wir eine Überlastung unserer Krankenhäuser mit ähnlich schlimmen Bildern wie in Italien oder Spanien verhindert. Inzwischen bewegt sich die Zahl der Neuinfektionen stabil auf einem niedrigen Niveau. Das ist erfreulich und ermöglicht uns als Landesregierung schrittweise weitere Lockerungen. Allerdings dürfen wir uns nicht in Sicherheit wiegen und leichtsinnig werden: das Virus ist nicht verschwunden. Wir befinden uns noch immer in einer außergewöhnlichen Situation, die allen Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg viel abver-

Dass wir im März das öffentliche und wirtschaftliche Leben stark eingeschränkt und auch die Schulen und Kindertagesstätten geschlossen haben, waren für mich zentrale Faktoren, um die Pandemie einzudämmen. So sehr diese drastischen Schritte auch wirkten, so schwer waren sie uns aus wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Sicht gefallen.

Für mich ist sehr frühzeitig klar gewesen: Wir müssen alles daran setzen, unseren kleinen und mittleren Betrieben zu helfen und unsere mittelständisch geprägten Wirtschaftsstrukturen zu erhalten, um sie in die Zukunft überführen und Arbeitsplätze sichern zu können. Es ist sinnvoller und nachhaltiger, eine Welle der Insolvenzen zu verhindern, als nach der Krise neue Strukturen aufzubauen. Deshalb bin ich froh, dass wir als CDU – auf meine Initiative hin – einen Rettungsschirm in Höhe von 5 Milliarden Euro gegen den zögerlichen grünen Koalitionspartner durchgesetzt und aufgespannt haben. Ein Paket des Landes Baden-Württemberg für Baden-Württemberg.

Richtig gut finde ich auch das 130 Milliarden Euro schwere Paket, das der Bund geschnürt hat. Es setzt starke Anreize gegen die Rezession, beinhaltet Impulse für den digitalen und ökologischen Fortschritt, hilft vor Ort durch den Ausgleich der Gewerbesteuer-Ausfälle für Kommunen und entlastet Unternehmen und Verbraucher, zum Beispiel bei den Stromkosten. Wir müssen nun schauen, wo und wie wir als Land dieses Paket noch klug und passgenau ergänzen können. Denn klar ist: Je mehr Unternehmen die Krise überleben und je mehr Arbeitsplätze erhalten bleiben, desto schneller kann es wirtschaftlich wieder aufwärts gehen.

Doch nicht nur die wirtschaftliche Situation hat uns in den vergangenen Monaten beschäftigt. Als Kultusministerin habe ich die Verantwortung für rund 1,5 Millionen Schülerinnen und Schüler und mehr als 400 000 Kinder im Kindergartenalter. Dass die Kitas und Schulen über viele Wochen geschlossen bleiben mussten und zunächst nur eine Notbetreuung möglich war, war insbesondere für Familien mit kleineren Kindern enorm belastend. Für die Kinder sind Kontakte mit Gleichaltrigen, gerade auch für die seelische Gesundheit, sehr wichtig. Auch der Unterricht vor Ort, der Kontakt mit Lehrern und die Schule als Begegnungsstätte sind nicht so einfach zu ersetzen. Dieser Aspekte bin ich mir bewusst. Doch wir haben es nun mal mit einem Virus zu tun, das sich rasant verbreitet, in manchen Fällen tödlich verläuft und über das nur wenig bekannt gewesen ist. Und der Gesundheitsschutz unserer Kinder und unserer Jugendlichen, aber auch unserer pädagogischen Fachkräfte geht vor.

Ich habe auch großes Verständnis für die Eltern, die die Belastungsgrenze durch Job und Kinderbetreuung überschritten hatten und – mitunter auch aggressiv – eine umgehende Öffnung der Einrichtungen forderten. Lieber gestern als heute. Ganz so, als gäbe es das Virus nicht (mehr). Aber es gibt eben auch andere Eltern, die Angst um ihre Kinder haben, denen die schrittweise Öffnung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu schnell geht.

Dies ist das Spannungsfeld, in dem wir uns befinden. Die Abwägungsprozesse sind schwierig. Für die Corona-Pandemie gibt es nun mal keine Blaupause. Verantwortliche Politik ist, alle Argumente anzuhören, abzuwägen und dann besonnen, klug und behutsam zu entscheiden.

Umso mehr freue ich mich, dass wir seit Ende Juni bei den Kindertagesstätten, den Kindertageseltern und Grundschulen zu einem Regelbetrieb – ohne Abstandsregelungen, aber mit festen Gruppen und einem Hygienekonzept – zurückkehren konnten. Die Grundlage für die Entscheidung, die Einrichtungen vollständig zu öffnen, bildet die Heidelberger Kinderstudie, die andere Studien aus dem In- und Ausland bestätigt hat. Sie besagt, dass Kinder bis zehn Jahren seltener mit dem Virus infiziert sind als ihre Eltern und keine besonderen Treiber des Infektionsgeschehens darstellen.

In den weiterführenden Schulen wechseln sich seit den Pfingstferien für alle Klassenstufen das Fernlernen und der Präsenzunterricht in der Schule ab. Dieses rollierende System muss leider sein, weil auf Basis der Einschätzung von Gesundheitsexperten weiter Abstands- und Infektionsschutzregeln gelten. Das Ziel von mir ist aber, nach den Sommerferien auch in den weiterführenden Schulen mehr Präsenzunterricht zu ermöglichen und möglicherweise sogar zu einem Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen zu kommen.

Solange es keinen Impfstoff gibt, müssen wir uns – in der Schule wie in allen anderen Lebensbereichen – behutsam zu mehr Normalität vorantasten. Wir müssen weitere Strategien entwickeln, wie wir neue weitreichende Infektionswellen verhindern, unsere älteren Menschen und Risikogruppen schützen und andererseits unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen nicht zerstören. Lassen Sie uns diesen Weg weiter gemeinsam gehen!



Dr. Susanne
Eisenmann
ist seit 2016
Ministerin für
Kultus, Jugend und
Sport und unsere
Spitzenkandidatin
zur Landtagswahl
2021.

# Persönliches / Aus dem Landesverband

#### Postkarte von...

# Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper

Live Frendinnen und Frende

Aer CDN Baden-Würtlembreg

Musire Landes hampt stadt ist

Herz und Mithe unseres schönen

Landes. Sie hat es verdient

mit Leiden schaft, Mut und

Interaft regiert zu werden.

Dafer stehe ich wit meiner

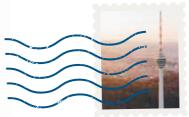
Erfahrung und mit der Liebe

2n meiner Acimat stadt Stattgat.

Och Jedanke mich fer Ohre

Nuterstatzung!

Olor Frank Nopper



CDU Baden-Württemberg
– UNION intern –
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart



Dr. Frank Nopper ist seit 2002 Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Backnang. Er wurde 2010 mit 86,8 % und 2018 mit 87,1 % im Amt bestätigt. Das in Stuttgart geborene und aufgewachsene CDU-Mitglied kandidiert im November 2020 bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.

Das **Spendenkonto** des CDU-Kreisverbandes Stuttgart bei der Baden-Württembergischen Bank für die OB-Wahl 2020 lautet: DE 41 6005 0101 0405 3305 02 (Spendenbescheinigung möglich).

#### Gespräch der CDU Baden-Württemberg mit Vertretern von DGB und IG Metall

# Arbeitsplätze sichern und zukunftsfest machen

Mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft haben sich der Landesvorsitzende, Minister Thomas Strobl, und der Generalsekretär, Manuel Hagel MdL, mit dem Vorsitzenden des DGB-Bezirks Baden-Württemberg, Martin Kunzmann, dem Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, Roman Zitzelsberger, und der Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Stuttgart, Nadine Boguslawski, zu einem Gespräch getroffen. Teil des Gesprächs, das im Willi-Bleicher-Haus stattfand, war zudem eine Solidaritätsbekundung der beiden Politiker angesichts des extremistischen Anschlages auf das DGB-Gebäude wenige Tage zuvor.

"Mit der Corona-Krise stehen wir im Hinblick auf die Arbeitswelt vor großen Herausforderungen. Bei der Beantwortung dieser Fragen zur Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenhalts haben die Gewerkschaften eine wichtige Funktion. Sie setzen sich im Sinne des christlichen Menschenbildes für faire und gerechte Arbeitsbedingungen für möglichst viele Beschäftigte in unseren Unternehmen ein", so die beiden Politiker übereinstimmend.

Im Fokus des Gesprächs standen daher die mittel- und langfristigen Folgen der Corona-Krise für die Wirtschaft und deren Beschäftigte. Ein Schwerpunkt war die für Baden-Württemberg so wichtige Automobil- und Zulieferindustrie. "Das vom Koalitionsausschuss des Bundes beschlossene Kraftpaket ist ein großer Wurf von historischem Ausmaß. Damit haben wir einen guten Weg eingeschlagen, den wir nun konsequent und klug mit Blick auf unsere konkreten Bedürfnisse in unseren Schlüsselindustrien wei-



tergehen und ergänzen. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Betriebsräten wollen wir in den Unternehmen alles für den Erhalt der Arbeitsplätze tun", sagte Thomas Strobl.

Manuel Hagel MdL betonte: "Eine Krise löst man mit Handlungsfähigkeit und Optimismus. Daher haben wir bereits die Beratungen auf Landesebene aufgenommen, um das Kraftpaket des Bundes in Baden-Württemberg bestmöglich zu ergänzen."

# Aus dem Europäischen Parlament

# Weg sind sie, die Briten... Und nun?

#### Liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

der 29. Januar 2020 war ein besonderer Tag, eine Zäsur, für die Europäische Union. Auch ich habe diesen Tag als sehr emotional erlebt. An jenem Mittwoch wurde uns allen klar: Das war es, jetzt wird der Brexit Realität. Mit 621 Stimmen bei 49 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen wurde das Brexit-Abkommen gebilligt. Es ist gut, dass hier erst mal ein Schlusspunkt gesetzt wurde. Seit 2016 hatten wir den Brexit verhandelt, und es war ein zähes Ringen, ein Auf und Ab. Die Mehrheit der britischen Bevölkerung hatte sich im Referendum von 2016 für diesen Schritt entschieden. Diesen demokratischen Prozess gilt es zu respektieren. Andererseits halte ich persönlich den Brexit für einen historischen Fehler. Großbritannien steht vor einer großen Zerreißprobe und ist gespalten. Zugleich sieht Manfred Weber, unser Vorsitzender in der EVP-Fraktion, im Brexit auch zu Recht eine Chance für Europa und eine Gelegenheit zum Handeln. Das stimmt, denn jetzt können wir den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, welchen Wert eine EU-Mitgliedschaft hat. Und wir werden unsere Werte, unsere Überzeugungen, im Abkommen mit Großbritannien verankern. Dieses neu ausgehandelte Abkommen kann dann als Vorlage für zukünftige Verhandlungen mit anderen Partnern dienen.

Und wie geht es jetzt weiter? Die Stimmung ist insgesamt gut, und ich würde auch sagen ein Stück weit gelöst. Die Brexit-Verhandlungen waren wirklich langwierig und anstrengend. Das Parlament ist nun etwas kleiner und besteht nach dem Austritt Großbritanniens aus 705 Abgeordneten der 27 Mitgliedstaaten. Wir haben ein paar Populisten verloren, was sich sicherlich positiv auf manche Abstimmung auswirken wird. Andererseits haben wir mit dem Austritt der Briten auch kompetente, konstruktive und dezidiert pro-europäische Kollegen verloren. Das bedauere ich sehr.

Bis zum 31. Dezember 2020 gilt jetzt eine Übergangsfrist. Auf britischem Territorium wird in dieser Zeit weiterhin EU-Recht angewendet. Für die Zeit ab 2021 werden seit 2. März 2020 neue Regeln für die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien ausgehandelt. Dabei kann Michel Barnier, Leiter des Verhandlungsteams der Kommission, auf die volle Unterstützung des Europäischen Parlaments zählen. Die politischen Prioritäten in den Verhandlungen sind klar: Das Vereinigte Königreich hat sich freiwillig dazu entschieden, die Staatengemein-



Norbert Lins hält den Brexit für einen historischen Fehler.

Foto: Europäisches Parlament / Martin Lahousse

schaft zu verlassen und wird deswegen auch bestimmte Vorteile nicht mehr genießen können. Die Europäische Union strebt eine ambitionierte und umfassende Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich an.

Da die Verhandlungen von Freihandelsabkommen in der Regel mehrere Jahre in Anspruch nehmen, ist diese Zeit extrem kurz und der Ausgang offen. Unsere wichtigsten Forderungen sind, dass die Integrität des EU-Binnenmarktes und der Zollunion gewahrt werden, bestehende Vorschriften dynamisch angeglichen werden, und die EU die sensibelsten Sektoren ihrer Wirtschaft schützt. In zehn Verhandlungsgruppen wird jetzt parallel über Handel, Sicherheit und Fischerei sowie über weitere Fragen gesprochen. Wie es dann tatsächlich ab 2021 weitergeht, bleibt abzuwarten.

Zudem stehen mit den Verhandlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2021 und des mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 zwei Themen von extrem hoher Bedeutung an. Letztere gelten als die härtesten in der Geschichte der EU/EG. Großbritannien war neben Deutschland, Frankreich und Italien einer der größten Nettozahler der Europäischen Union. Das Budget, das wir innerhalb der Europäischen Union verteilen können, ist durch den Brexit geschrumpft und der Verteilungskampf wird härter. Es wird nicht einfach sein, alle Interessen und Wünsche zu berücksichti-

gen. Dennoch bin ich der Meinung, dass wir uns nicht in Zahlendebatten verlieren dürfen. Es geht nicht um Nettozahler und Rückflüsse. Jedes Land in der EU investiert in den Mehrwert, den Europa zu bieten hat. Ich stimme Manfred Weber zu, der sagt, dass wir raus aus der "nationalen Egoismusfalle" müssen. Wir müssen eine Debatte über die Zukunft führen. Ich würde es begrüßen, wenn sich die EU nicht fast ausschließlich aus Beiträgen der Mitgliedsstaaten finanzieren würde. Die Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem sind hier beispielsweise zu nennen. Mit einem Minimalhaushalt würde Europa kläglich versagen und den europäischen Mehrwert mit Füßen treten. Erfolgreiche EU-Programme müssten dann womöglich gekürzt werden. Davon wäre beispielsweise der ländliche Raum betroffen. Für die Umsetzung der ambitionierten Ziele des "Green Deals" wird ebenfalls viel Geld benötigt. Ein klimaneutrales Europa bis 2050 ist nur realistisch, wenn dafür ausreichend Gelder zur Verfügung gestellt werden. Kurzum, wir brauchen einen angemessenen EU-Haushalt, um die großen Herausforderungen wie Klimaschutz, Forschungsförderung, digitale Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung und Außengrenzschutz gemeinsam erfolgreich angehen zu können.

Mit besten Grüßen Ihr Norbert Lins

# Aus dem Europäischen Parlament

# Infobrief aus dem Europäischen Parlament

Kennen Sie schon meinen Infobrief? Jeden Monat berichte ich darin über meine Arbeit im Europäischen Parlament und informiere über die aktuellen Themen. Sie können den Infobrief bequem über meine Website www.norbert-lins.de abonnieren. Selbstverständlich können Sie sich auch jederzeit wieder davon abmelden.

# Stückwerk oder Strategie?

#### Liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

die Farm to Fork-Strategie ist die langfristige Vision der Europäischen Kommission für eine nachhaltige Nahrungsmittelkette. "Vom Hof auf den Tisch", so kann man diese Strategie auf Deutsch übersetzen, die ich begrüße und unterstütze. Zugleich ist diese Strategie für mich noch nicht wirklich zu Ende gedacht.

Für die europäische Landwirtschaft ist Versorgungssicherheit enorm wichtig. Das wissen wir nicht erst seit der Corona-Krise, doch die Krise hat uns die Probleme deutlich vor Augen geführt. Zu große Abhängigkeiten vom Ausland sind weder in der Nahrungsmittelproduktion noch bei der Produktion von Medikamenten sicher. Und eben auch nicht zuverlässig.

Wir stehen in der Landwirtschaft vor großen Herausforderungen, das kann ich nur immer wieder betonen. Ich hätte mir daher gewünscht, dass sich die Kommission mehr Zeit nimmt für die entscheidenden Folgenabschätzungen auf die langfristige Versorgungssicherheit. Das Papier der EU-Kommission ist mehr Stückwerk als Strategie. Anstatt die ganze Lebensmittelkette anzuschauen, liegen der Fokus und die Verantwortung hauptsächlich auf der "Farm" - das ist weder fair noch erfolgsversprechend. Für einen langfristig nachhaltigen Wandel müssen alle Akteure vom Hof über die Verarbeitung bis zum Tisch an einem Strang ziehen. Auch Verbraucherinnen und Verbraucher entscheiden an der Ladentheke, welche Landwirtschaft sie unterstützen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass vor allem die Stimme der Landwirtschaft

Gemeinsam mit Christine Schneider, EVP-Berichterstatterin im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI), habe ich als Vorsitzender des Agrarausschusses sowohl zur Farm to Fork-Strategie als auch zur Biodiversitätsstrategie drei Ziele formuliert: Wir wollen sichere und nährstoffreiche Lebensmittel mit



Norbert Lins erkennt in der Farm to Fork-Stratege bisher eher ein Stückwerk als eine Strategie.

Foto: Europäisches Parlament / Sebastien Pirlet

hoher Qualität, nachhaltige und transparente Versorgungsketten sowie eine Lebensmittelkennzeichnung, die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzt verantwortungsbewusst zu entscheiden.

Diese Forderungen spiegeln unsere sechs Kernziele wider, die ich Ihnen gerne vorstellen möchte:

- Nachhaltige, leistungsfähige und klimaangepasste Lösungen für langfristige europäische Versorgungssicherheit. Die EU muss ihre Bevölkerung auch in Krisensituationen sicher ernähren können.
- Wettbewerbsfähige Landwirtschaft: Anreize anstatt Bürokratie - Unsere Landwirtschaft und der Ernährungssektor verdienen Wertschätzung für ihre Arbeit. Anstatt den Sektor mit zusätzlichen Auflagen zu überfluten, sollten wir sie dabei unterstützen, die notwendigen Investitionen und Veränderungen für die Zukunft zu treffen. Das geht

- durch die Förderung von Investition und Innovation, den Abbau von Bürokratie und Mut für neue (Züchtungs-)Technologien.
- 3. Marktorientierte Zielkorridore: Das Maß aller Dinge sollte nicht eine bestimmte Zahl X, sondern eine Spanne von A bis B sein. Dies erhöht die Akzeptanz aller Akteure, geht auf den Bedarf und die Nachfrage von Verbraucherinnen und Verbrauchern ein, erlaubt Flexibilität bei Extremsituationen (Klimaveränderungen, Krisen) und ist nicht minder ambitioniert. Diese Zielkorridore sollen v.a. bei der Diskussion um Pflanzenschutz, Düngemittel und Bioanbauflächen zum Tragen kommen.
- 4. Bioanbauflächen und Schutzgebiete: Ökologisscher Anbau soll nachfragegerecht gefördert werden, da dieser sonst zu Preisdumping und Überproduktion führt. Wir setzen uns dafür ein, dass die

# Aus dem Europäischen Parlament / Aus dem Deutschen Bundestag

landwirtschaftliche Nutzfläche erhalten bleibt um die Lebensmittelversorgung zu gewährleisten. Bei Bewirtschaftungsauflagen muss es in Absprache mit dem landwirtschaftlichen Nutzer einen finanziellen Ausgleich für die eingeschränkte Nutzung geben.

- Qualität und Nachhaltigkeit hat seinen Preis: Lebensmittelpreise sollten Transport- und Produktionskosten gerecht widerspiegeln. Wir wollen faire Handelspraktiken und strenge Maßnahmen gegen Lebensmittelfälschung und für
- faire Bezahlung der Akteure in der Lebensmittelkette. Das umfasst Kosten für mehr Regionalität, mehr Kreislaufwirtschaft, tiergerechten Transport, Haltung und Schlachtung und Ökoauflagen.
- 6. Verbraucherinnen und Verbraucher entscheiden mit ihrem Kaufverhalten, welche Landwirtschaft sie f\u00f6rdern. Deshalb m\u00fcssen sie gut informiert werden, um bewusste Entscheidungen bez\u00fcglich ihrer Ern\u00e4hrung treffen zu k\u00f6nnen. Diese Bildung tr\u00e4gt zu einer gesunden Ern\u00e4h-

rung, weniger Lebensmittelverschwendung und weniger ernährungsbedingten Krankheiten bei.

Lassen Sie uns im Gespräch bleiben zu diesem und den weiteren wichtigen Themen wie dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und auch der Überwindung der Folgen der Corona-Pandemie

Mit besten Grüßen Ihr Norbert Lins

# Farm to Fork-Strategie

Die "Vom Hof auf den Tisch"-Strategie ist Teil des Europäischen Grünen Deals mit seinem EU-Klimaneutralitätsziel bis 2050. Sie ist eng an die neue Biodiversitätsstrategie 2030 gekoppelt. Das EU-Lebensmittelsystem soll belastbarer und widerstandsfähiger werden gegen zukünftige Krisen wie jetzt Covid-19 und auch gegen immer öfter auftretende Naturkatastrophen wie Überschwemmungen oder Dürren. Diese Strategie soll bestehende EU-Rechtsvorschriften ergänzen und die gesamte Lebensmittelversorgungskette abdecken. Die Hauptziele für 2030 sind die Verringerung des Einsatzes und des Risikos von Pestiziden um 50 %, die Verringerung des Einsatzes von Düngemitteln um mindestens 20 %, die Verringerung des Verkaufs antimikrobieller Mittel für Nutztiere und Aquakultur um 50 % sowie das Ziel einer ökologischen Bewirtschaftung von 25 % der landwirtschaftlichen Flächen.

# Nachruf Christoph Reik

Noch immer sprachlos, erschüttert und traurig müssen mein Team und ich von Christoph Reik Abschied nehmen. Völlig überraschend ist mein geschätzter Büroleiter, vor allem aber unser Freund und lieber Kollege am 16. April 2020 im Alter von nur 51 Jahren verstorben.

Der geborene Pfullinger war bereits seit 2003 im Berliner Abgeordnetenbüro meines Vorgängers Ernst-Reinhard Beck tätig. Mit großem Engagement unterstützte der Fregattenkapitän der Reserve dessen Arbeit in der Verteidigungspolitik. In den letzten sieben Jahren unterstütze er mich im Tourismusausschuss und war mir mit seiner langjährigen Erfahrung als Büroleiter, ganz besonders auch in meinen Anfängen in der Bundespolitik eine wichtige Stütze.

Sein unnachahmlicher Charakter, seine Loyalität und sein Engagement, aber auch seine liebevolle Art und seine Freundschaft werden uns allen sehr fehlen.

Die derzeitigen Einschränkungen, auch für Trauerfeiern, machen es den Angehörigen und Freunden sehr schwer, Abschied von einem geliebten Menschen zu nehmen.

Unsere Gedanken sind auch deshalb gerade besonders bei seiner Tochter, seiner Verlobten und seiner Familie.

Zahlreiche Freunde, Kollegen und Wegbegleiter aus dem Politischen Berlin haben die Gelegenheit genutzt und sich in unserem Büro in das dort ausliegende Kondolenzbuch eingetragen.

Ruhe in Frieden, lieber Christoph.

Michael Donth MdB

# Aus dem Deutschen Bundestag

# Michael Donth MdB: Es war und ist keine allgemeine Impfpflicht geplant!

Zahlreiche Anfragen und Nachfragen erreichen den CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Donth, in denen vor einer angeblichen geplanten Impfpflicht gegen Corona die Rede ist. Michael Donth stellt klar: "Es war und ist keine allgemeine Impfpflicht geplant! Es ging auch nie um eine Impfpflicht, sondern zunächst um die Überlegung zu einer Art Immunitätsnachweis.

Dies wurde nun aber wegen der ethischen Überprüfung aus dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung rausgenommen. Ebenfalls wäre ein Immunitätsnachweis auch mangels wissenschaftlichem Nachweis derzeit noch gar nicht möglich. Ich bitte die Bürgerinnen und Bürgern sich auf offiziellen Webseiten und über seriöse Medien zu informieren!"

Zum Hintergrund: Es geht um den "Entwurf eines Zweiten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite", der diese Woche in 1. Lesung in den Bundestag eingebracht wird. Er befindet sich also noch ganz am Anfang des Verfahrens.

Der Entwurf sah ursprünglich vor, dass bei der Anordnung und Durchführung behördlich angeordneter Schutzmaßnahmen in angemessener Weise zu berücksichtigen sei, ob und inwieweit eine Person, die ihre Immunität wissenschaftlich nachweisen kann, von den Maßnahmen ganz oder teilweise ausgenommen werden kann.

D.h. wenn Immunität besteht und man niemanden mehr anstecken kann, lassen sich Schutzmaßnahmen zielgenauer ergreifen. Wichtig in diesem Zusammenhang wäre eine zweifelsfreie Feststellung einer Immunität, die ausschließt, dass eine Infektionskrankheit von der betroffenen Person übertragen werden kann. Der Schutzzweck der behördlich angeordneten Maßnahme sollte dadurch nicht gefährdet werden.

Derzeit kann wissenschaftlich noch nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden, ob durch vorhandene Antikörper (etwa wegen einer überstandenen Infektion) eine ausreichende Immunität vorhanden ist. Auch eine fehlende Ansteckungsfähigkeit aufgrund eines ausreichenden Impfschutzes kann derzeit nicht sichergestellt werden, da kein Impfstoff zur Verfügung steht.

Der Gesetzentwurf sah außerdem eine Konkretisierung der bereits heute bestehenden Impfdokumentation (§ 22 Infektionsschutzgesetz) und eine Erweiterung dieser Dokumentation auf den Immunitätsstatus vor. "So etwas gibt es auch heute schon z.B. bei Fernreisen, bei denen gewisse Impfungen bescheinigt sein müssen, um in spezielle Länder einreisen zu dürfen. Oder bei Masern, Grippe oder Hepatitis, wo man entsprechende Immunität nachweisen muss, um z.B. seine Berufstätigkeit ausüben zu können (Erzieherinnen, Gesundheitswesen) oder als Kind, um den Kindergarten besuchen zu können. Und zwar ohne dass es eine allgemeine Impfpflicht gibt", erklärt der Abgeordnete.

"Da es derzeit noch offene Fragen bzgl. einer wissenschaftlich zweifelsfreien Feststellung der Immunität bei COVID19 gibt, wurde noch vor dem Beschluss der Fraktionsgremien die Streichung der entsprechenden Regelungen aus dem Gesetzentwurf vorgenommen.", so Michael Donth.

Gleichfalls lässt Bundesgesundheitsminister Jens Spahn zunächst auch vom Ethikrat prüfen, wie und in welchem Zusammenhang der Nachweis einer Immunität überhaupt genutzt werden könnte, sollten irgendwann mal gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse zur Immunität bestehen. Dies ist aktuell noch nicht absehbar. Bis dahin wurde dieser Passus aus dem Gesetzentwurf genommen.

"Dennoch bleibt es die Aufgabe der Politik, die Verhältnismäßigkeit von behördlichen Maßnahmen in den Blick zu nehmen, die Grundrechte einschränken und die Frage der Verhältnismäßigkeit aufwerfen - insbesondere, wenn in möglicherweise absehbarer Zeit die Immunität durch einen wissenschaftlich zweifelsfreien Antikörpertest oder eine durchgeführte Impfung festgestellt werden könnte. Wie man eine solche Immunität dann angemessen dokumentiert, wird ebenfalls zu diskutieren sein.

Ausdrücklich wäre es bei diesen Änderungen nicht um die Einführung einer Impfpflicht gegangen, sondern um eine nachvollziehbare und einheitliche Dokumentation und darauf basierend die Prüfung der Verhältnismäßigkeit von behördlichen Maßnahmen. Gleichzeitig müssen wir auch ethische Belange von Menschen und Risikogruppen in den Blick nehmen. Deshalb ist es folgerichtig, dass der Deutsche Ethikrat um eine Stellungnahme gebeten wurde", so Michael Donth.

Weiterführende Informationen und den angesprochenen Gesetzesentwurf finden Sie unter folgenden Links:

https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3\_Downloads/Gesetze\_und\_Verordnungen/GuV/S/Entwurf\_Zweites\_Gesetz\_zum\_Schutz\_der\_Bevoelkerung\_bei\_einer\_epidemischen\_Lage\_von\_nationaler\_Tragweite.pdf

https://www.bundesgesundheitsministerium.de/covid-19-bevoelkerungsschutz-2.html



# Deine lokalen Lieblingsgeschäfte online.

# Aus Liebe zur Heimat.

»kaufinBW ist der Online-Marktplatz für Baden-Württemberg und unterstützt die Digitalisierung lokaler Unternehmen. Ein vielfältiges Einkaufserlebnis mit Cashback-Bonusprogramm, großem Servicevorteil und breiter Produktauswahl erwartet dich.«

Aktuell sind bereits über 100 Anbieter dabei, die wir nach und nach online schalten – und es kommen ständig neue dazu. kaufinBW bündelt die Kräfte der Anbieter aus der Region. Denn nur gemeinsam können wir große Ziele erreichen.

Jetzt in der Heimat shoppen

kaufinbw.de



Ein Produkt von Nussbaum Medien

mit Betrieben in Weil der Stadt - St. Leon-Rot Bad Rappenau - Rottweil - Ebersbach an der Fils - Horb

Selbst regionaler Produzent oder Anbieter? www.nussbaum-medien.de

Dein lokales Lieblingsgeschäft nicht dabei?

Schreib uns eine E-Mail mit dem Betreff "Lieblingsgeschäft" an » info@kaufinbw.de

» partner.kaufinbw.de

# Aus dem Landtag von Baden-Württemberg

# Unsere Schulen verdienen zu allen Zeiten unsere ganze Aufmerksamkeit

Die nachfolgenden Überlegungen greifen zwei Themenbereiche auf: Die Grundschulempfehlung und, hoch aktuell, die Frage, wie man die Konsequenzen der vorübergehenden Schulschließungen wegen der Corona-Pandemie abmildern, ja sogar kreativ umsetzen kann. Zunächst jedoch zum ersten Themenbereich: die Grundschulempfehlung.

#### Relevanz der Grundschulempfehlung (GSE)

Die ersatzlose Abschaffung der verbindlichen GSE, ohne Einführung eines adäquaten Beratungssystems und Verankerung eines qualifizierten Informationsdialogs zwischen Grundschule und weiterführender Schule, war ein Fehler.

Diese Entscheidung führte zu mehr fehlbeschulten Kindern, mehr Sitzenbleibern, Abschulungen, frustrierten Schülern sowie Lehrkräften, die an sich zweifelten, weil sie der Heterogenität der Schülerschaft v. a. in den Eingangsklassen nicht gerecht werden konnten.

Die beschlossene Wiedervorlage der GSE und die Einführung eines Beratungsgesprächs bei abweichender Schulwahl der Eltern, war ein erster, wichtiger Schritt der Grün-Schwarzen Landesregierung, dieser Fehlentscheidung entgegen zu treten.

Die GSE beruht auf einer, von den Grundschullehrkräften verantwortungsvoll erstellten pädagogischen Gesamtwürdigung eines Kindes und darf nicht unbeachtet bleiben. Die Mehrheit der Eltern entscheidet verantwortungsvoll und wählt den richtigen Weg für ihre Kinder. Es gibt aber weiterhin Eltern, die ihre Kinder bewusst aus falschem Ehrgeiz heraus oder aus anderen nicht bildungsrelevanten Motiven fehlbeschulen.

Die Statistiken des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg zu den Übergängen von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen zeigen dies:

- » Im Schuljahr 2019/20 hatten die Gymnasiasten der Eingangsklasse 5 folgende GSE: 88,8% für das Gymnasium, 10,1% für die Realschule und 1,1% für die Hauptschule.
- » Im Schuljahr 2011/12 mit verbindlicher GSE waren die Gymnasiasten noch wie folgt empfohlen: 99,2% für das Gymnasium, 0,8% für die Realschule und 0% für die Hauptschule.

Die Wiedereinführung einer verbindlichen GSE wird erneut kontrovers diskutiert und polarisiert. Das verdeutlichte auch die Landtagsdebatte am 4. März 2020.

Ein Aspekt ist für mich ganz zentral: Im Sinne einer bruchfreien Bildungsbiographie sollte vor allem das Wohl des Kindes im Mittelpunkt stehen, wobei es um dessen kontinuierliche Begleitung und konsequente Förderung geht. Entgegen der nicht zutreffenden Annahme vieler Eltern, ist die GSE in einem differenzierten, durchlässigen Schulsystem nicht die endgültige Entscheidung über Schulabschluss und Beruf. Sie gibt aber wertvolle Hinweise auf eine zielführende Förderung des Schülers. Um der von den Grundschullehrern empfohlenen GSE größeres Gewicht in der Entschei-

dung der Eltern zu verleihen, plädiere ich für einen zweiten notwendigen Schritt, der aus meiner Sicht die folgenden Komponenten und Maßnahmen umfassen sollte.

Ein System an altersgerechten, wissenschaftlich entwickelten Lernstanderhebungen, die sich am Bildungsplan von Baden-Württemberg orientieren, würde eine objektive Grundlage für Beratungsgespräche mit den Eltern ermöglichen.

Ein wesentlicher Bestandteil sind zentrale Klassenarbeiten in den Klassen 2 und 4 in der Grundschule. In der Sekundarstufe I müssen der Lernstand in Klasse 5 um den Aspekt Orthografie erweitert und Jahrgangsstufenarbeiten in der Unter- und Mittelstufe eingeführt werden.

In Klasse 4 plädiere ich für Halbjahresinformation für benotete Orientierungsarbeiten in Deutsch und Mathematik, welche in die GSE eingehen, um den Lernstand der Schüler im Vorfeld der GSE nach landeseinheitlichem Maßstab zu erfassen.

Die Orientierungsarbeiten ersetzen mit Blick auf den Arbeitsaufwand der Lehrkräfte je eine Klassenarbeit. Die erzielten Noten werden zusätzlich in der GSE ausgewiesen und gehen der weiterführenden Schule zu, damit jeder Schüler von Beginn an begabungsgerecht gefördert werden kann.

Die Erkenntnisse über den diagnostizierten Lernstand und die Schulwahl der Eltern sind m. E. abzuwarten und auszuwerten, bevor über eine Verbindlichkeit der GSE nachgedacht wird.

Im Kontext der derzeitigen Diskussion ist zu betonen, dass sich die angehörten Verbände der Gymnasien und Realschulen für die Wiedereinführung einer verbindlichen GSE aussprechen. Diese ist jedoch mit dem Koalitionspartner nicht konsensfähig.

Der IQB-Bildungstrend 2018 signalisiert eindeutig, dass es einer Niveausicherung an den Gymnasien und einer generell breiteren Leistungsspitze in Baden-Württemberg bedarf. Im Fokus steht vor allem die Förderung von lern- und leistungsaffinen Schülern.

An den Gymnasien sollte - das sage ich auch als ehemaliger Schulleiter - bereits in der Unterstufe eine passende Bildungsempfehlung



# Aus dem Landtag von Baden-Württemberg

für überforderte, versetzungefährdete Schüler ausgesprochen werden, unabhängig von evtl. Aspekten wie z. B. dem Klassenteiler.

Im Fazit: Einerseits ist eine höhere Verbindlichkeit der GSE notwendig und andererseits eine Profilschärfung der weiterführenden Schularten mit klarer Abgrenzung dieser Schularten untereinander.

Das Abitur und der Realschulabschluss in Baden-Württemberg müssen weiterhin für Qualität stehen und dürfen aufgrund einer zunehmend heterogenen Schülerschaft nicht verwässert werden.

# Zurück zum Unterricht in der Schule nach der Corona-Pandemie

Wie wollen wir es mit der Rückkehr zum Unterricht in der Schule im kommenden Schuljahr halten? Diese Frage haben sich bestimmt viele Eltern während der vielen Wochen gestellt, in denen Schulen und Kitas wegen der Corona-Pandemie geschlossen waren. Zwar haben wir mit Fernunterricht gegensteuern können, jedoch muss festgehalten werden, dass der Fernunterricht lediglich nur zweite Wahl sein kann.

Die Sozialkontakte im Klassenzimmer, die den Klassenverband und das Wir-Gefühl entscheidend stärken, gehören ebenso zum Schulalltag wie die festen Strukturen des Stundenplans und der Lehrplan selbst.

Der für mich wichtige Aspekt bei der Rückkehr zum Schulalltag ist zunächst einmal das Kümmern um diejenigen Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2020/2021 ihre Abschlussprüfung ablegen oder bei denen der Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule ansteht (siehe weiter oben: Grundschulempfehlung).

Hier bin ich der Meinung, dass Kreativität gefragt ist und könnte mir in der Anfangsphase des neuen Schuljahres gut einen Mix aus Fernunterricht und Unterricht im Klassenverband vorstellen. Wir müssen ja leider davon ausgehen, dass die Bedrohung durch das Corona-Virus nach wie vor gegeben ist und Vorsichts- und Schutzmaßnahmen weiterhin erforderlich sind.

Zum Ausgleich sozialer Ungleichgewichte beim Fernunterricht stellt der Bund 500 Millionen Euro zur Verfügung. Davon entfallen auf Baden-Württemberg 65 Millionen Euro, die vom Land nochmals um 65 Millionen Euro aufgestockt werden. Mit diesen insgesamt 130 Millionen Euro wird sichergestellt, dass in der Zeit des Corona-bedingt eingeschränkten Schulbetriebes allen Schülern digitaler Unterricht mit mobilen Endgeräten (Laptop, Notebooks, Tablets) zu Hause möglich ist.

Diese mobilen Endgeräte werden von den Schulträgern beschafft und stehen im kommenden Schuljahr den betroffenen Schülern im Wege der Ausleihe zur Verfügung. Diejenigen Schüler, die zu Hause keinen Internet-Anschluss haben, können die Infrastruktur ihrer Schule in Absprache mit den Klassenlehrern nutzen.

Ich möchte an dieser Stelle vor allem unseren Schulleitungen, aber auch unseren Lehrerinnen und Lehrern ein Lob für ihre hervorragende Arbeit (mit nur wenigen unrühmlichen Ausnahmen!) in gewiss nicht einfachen Zeiten erteilen. Ihnen wurde viel Kreativität abverlangt und nicht nur ihr fachliches Wissen war gefragt, sondern auch ihr Können im Umgang mit den elektronischen Medien für den Fernunterricht. Auch die eigentliche pädagogische Arbeit war alles andere als einfach. Es ist im Klassenverband wesentlich einfacher motivierendes Lob oder zurechtweisenden Tadel auszusprechen, als dies beim Fernunterricht der Fall ist.

Alles in allem haben wir die letzten Wochen und Monate des laufenden Schuljahrs 2019/2020 doch ganz ordentlich erledigt. So gesehen sind wir um eine Dimension der Unterrichtserfahrung reicher und ich bin sicher, dass wir von diesem "Mehrwert" im kommenden Schuljahr profitieren können.

Je nach Lage der Dinge müssen Abschlussprüfungen an allen Schularten wie in diesem Schuljahr so spät wie möglich erfolgen. Des Weiteren muss darüber nachgedacht werden, welche freiwilligen Zusatzangebote in den Ferien oder gegebenenfalls an Samstagen ermöglicht werden können. An jedem zweiten Samstag könnte nach geltender Verordnung Schulunterricht stattfinden, wenn die am Schulleben beteiligten Lehrer, Schüler und Elternvertreter dies gemeinsam vereinbaren.

Auch über die curricularen Inhalte, die aus dem Kerncurriculum und dem Schulcurriculum bestehen, ist nachzudenken. Aus meiner Sicht muss das Kerncurriculum in den Prüfungsfächern Vorrang haben.

In diesen Tagen wird vor allem auch im Bildungsbereich viel über den richtigen Umgang

mit der Corona-Pandemie gestritten. Die berechtigte Ungeduld mündet aus meiner Sicht zunehmend in etwas ein, was man Unvernunft nennen könnte. Ich frage mich in diesem Zusammenhang, wie unsere Mütter und Großmütter ihren Alltag mit häufig großer Kinderzahl überhaupt bewältigen konnten. Gleichwohl ist es wichtig, dass wir in diesen Tagen unser besonderes Augenmerk auf Alleinerziehende und auf Familien in prekären Lebenssituationen richten.

Ziel der Politik muss es jedoch sein, für einen Interessensausgleich zu sorgen. Deshalb orientiere ich mich als Bildungspolitiker während der Corona-Pandemie vorrangig an der Entwicklung des Infektionsgeschehens. Dieses hat sich Gott sei Dank in Baden-Württemberg auf einem niedrigen Niveau stabilisiert.

Die im Auftrag der Landesregierung unter der Federführung des Universitätsklinikums Heidelberg durchgeführte Studie, an der auch andere Unikliniken mitgewirkt haben, hat nun die Befunde anderer internationaler Studien bestätigt. Danach haben Kinder unter 10 Jahren einen sehr viel geringeren Anteil am Pandemie-Geschehen als ursprünglich angenommen. Sie erkranken deutlich seltener und haben dann meist mildere Verläufe mit wenigen oder gar keinen Symptomen.

Auf dieser Grundlage ist eine umfassende Öffnung der Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, wie es pädagogisch geboten ist, verantwortbar. Allein deshalb hat die Landesregierung entschieden, die Öffnung der Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflege und der Grundschulen ab 29. Juni für einen Regelbetrieb unter Pandemie-Bedingungen zu ermöglichen. Eine Mischung der Gruppen ist daher innerhalb und außerhalb der Gebäude zu vermeiden und Erwachsene müssen untereinander das Abstandsgebot einhalten. Kinder, deren Eltern Bedenken haben, werden von der Pflicht des Schulbesuchs befreit.

Ich wünsche Ihnen und uns allen, dass wir von einer zweiten Welle verschont werden und uns den Blick für die notwendigen Erfordernisse bewahren.

Karl-Wilhelm Röhm MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Bildungspolitischer Sprecher der CDU Landtagsfraktion



Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg sowie Arbeitgeberverbände und Landesfamilienrat zeichnen regelmäßig familienbewusstes Personalmanagement in Unternehmen aus.

Nussbaum Medien gelangt dabei unter die Top 20 der ausgezeichneten Unternehmen.

Nussbaum Medien ist eine moderne Medienmarke mit über 500 Mitarbeitern, die dank Amts- und privater Mitteilungsblätter bereits heute über 1 Mio. Haushalte über Aktuelles aus ca. 350 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg informiert. Darüber hinaus arbeitet diese erfolgreich an der digitalen und mobilen Zukunft. Beispiele hierfür sind die BürgerApp, kaufinBW.de oder die Neukonzeptionierung des regionalen Online-Portals Lokalmatador.de.

Dabei ist dem Unternehmen bei Mitarbeitern aller Abteilungen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sehr wichtig. Dieser Gedanke begleitet das Unternehmen seit seiner Gründung 1959. Seit 1972 betreibt Nussbaum Medien in Weil der Stadt einen eigenen Betriebskindergarten; seit 2007 eine integrative Betriebskindertagesstätte in St. Leon-Rot, in der 15 Kinder im Alter von einem bis sechs Jahren aufgenommen werden, davon fünf Kinder mit Behinderung.

Am 17. September letzten Jahres wurde die Erweiterung des Kinderhauses um eine inklusive Kinderkrippe gefeiert. Klaus Nussbaum, Inhaber der Verlagsgruppe, ist der tiefsten Überzeugung, dass sein Unternehmen nur dann als Arbeitsplatz und Ausbildungsbetrieb attraktiv ist, wenn es seinen Mitarbeitern die bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Vertrauenszeitregelungen, mobiles Arbeiten und Homeoffice-Regelungen tragen ebenfalls zur Work-Life-Balance bei.

Das Unternehmen ruht sich aber nicht auf Bestehendem aus, sondern plant weitere Schritte zugunsten eines zeitgemäßen Personalmanagements: Neben einem ausführlichen Gesundheitsprogramm soll zukünftig die Nussbaum Akademie erweitert werden, um den Mitarbeitern, bezogen auf ihren

Arbeitsbereich, abgestimmte Fortund Weiterbildungsmaßnahmen zu gewährleisten. Dadurch erhalten alle Mitarbeiter die gleichen Chancen für nötige Fachkompetenzen.

Das Leitmotiv "Heimat stärken", mit dem das Unternehmen gegenüber Verwaltungen, Kunden und Lesern auftritt, kommt umso mehr beim eigenen Personal zum Tragen.

In diesem Sinne waren es auch die Mitarbeiterinnen Carolin Rheinfrank und Silvia Müller, welche die Auszeichnung im Namen des Inhabers entgegen nahmen.



Carolin Rheinfrank und Silvia Müller von Nussbaum Medien freuen sich, die familyNET-Prädikatsurkunde entgegenzunehmen.



# Aus dem Kreisverband / Aus den Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbänden

#### Politischer Aschermittwoch



Über 1.500 Gäste beim größten Stammtisch des Landes. Wie in den Vorjahren war auch der Kreisverband Reutlingen beim Politischen Aschermittwoch gut vertreten.

#### Gemeindeverband Gomadingen

# CDU-Ortsverbandsführung bestätigt

Dr. Harald Lorenz bleibt Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Gomadingen, Marie-Liese Röhm seine Stellvertreterin, Horst Reiner Schatzmeister und Solveig Lorenz Schriftführerin und Pressereferentin.

Anfang März konnte der CDU-Ortsverband Gomadingen im Landhotel Winter in Gomadingen-Offenhausen noch seine diesjährige Mitgliederversammlung durchführen. Ortsvorsitzender Dr. Harald Lorenz berichtete von den Ereignissen des vergangenen Jahres.

So ging er auf die erfolgreich verlaufenen Gemeinderatswahlen und die Wiederwahl von MdL Karl-Wilhelm Röhm in den Kreistag ein. Auch berichtete er von gut angenommenen Veranstaltungen, zuletzt mit dem Demographiebeauftragten des Landes Baden-Württemberg Thaddäus Kunzmann zur demographischen Entwicklung in Baden-Württemberg und insbesondere in der Gemeinde Gomadingen.

Bei der Totenehrung gedachte er dem verstorbenen Mitglied Willy Haggenmüller.

Abschließend bedankte er sich bei dem gesamten Ortsvorstand und den Mitgliedern für die gute Zusammenarbeit, in gleicher Weise auch beim Kreisvorsitzenden Manuel Hailfinger nebst der Kreisgeschäftsstelle und den Abgeordneten MdB Michael Donth und MdL Karl-Wilhelm Röhm sowie Bürgermeister Klemens Betz.

Schatzmeister Horst Reiner berichtete von geordneten Finanzen und einem Zufriedenstellenden Kassenstand. Nach einstimmiger Entlastung wurde bei den Neuwahlen unter der Leitung von Manuel Hailfinger der bisherige Ortsvorstand einstimmig bestätigt.

Dieser setzt sich wie folgt zusammen: Ortsvorsitzender: Dr. Harald Lorenz; Stellvertretende Ortsvorsitzende: Marie-Liese Röhm; Schatzmeister: Horst Reiner; Schriftführerin und Pressereferentin: Solveig Lorenz; Beisitzer: Philipp Hirrle, Elisabeth Hohloch, Alexander Müller, Erwin Pfeifle, Uschi Röhm und Susanne Röhm; Kassenprüfer: MdL Karl-Wilhelm Röhm.

Abschließend wurden noch aktuelle Themen ausführlich diskutiert.

# Aus den Stadt-, Gemeinde- und Ortsverbänden

#### Stadtverband Metzingen

# Punktsieg für Ministerin Eisenmann

So titelte die Südwestpresse den Bericht über die Veranstaltung des CDU-Stadtverbandes Metzingen mit der Spitzenkandidatin für die Landtagswahl im nächsten Jahr. Schulleiter Jürgen Grund hatte bei Kollegen und Eltern intensiv die Werbetrommel für die Veranstaltung in seiner Schönbein-Realschule gerührt, so dass eine gelungene und gutbesuchte Veranstaltung bilanziert werden konnte. Obendrein durfte sich Eisenmann nach der Begrüßung durch OB Fiedler noch ins Goldene Buch der Stadt eintragen und erhielt von Jürgen Grund als erst dritte Preisträgerin die Urkunde zum "Social Community Award" der Schule.

"Wir brauchen jede Schulart", so die Ministerin und lobte dabei die Realschule als stabilste

und beliebteste Schulart in Baden-Württemberg. Sie betonte die Durchlässigkeit und Transparenz unseres Schulwesens, attestierte der Realschule dabei die Rolle einer tragenden Säule und meinte, dass den Realschulen durchaus mehr Selbstbewusstsein zustehe. So ermuntert entwickelte sich eine interessante und lebhafte fachliche Diskussion zwischen der Kultusministerin und den Veranstaltungsbesuchern, jedenfalls wurde deutlich, dass Eisenmann in ihrem Bereich kompetent ist und auch mit Fragestellungen und Problemen umgehen kann, die nicht unbedingt ihr Beritt sind.





Fotos: CDU Metzingen

# Kommunalpolitik in Zeiten des Lockdown

#### **CDU Metzingen in Online-Meetings**

Auch im Lockdown ruht die Parteiarbeit bei der Metzinger CDU nicht. Stadtverbandsvorsitzende Karin Theis bedauert zwar die Absage zweier Veranstaltungen, der Vorstand kommt aber regelmäßig zu Sitzungen online zusammen, der Stadtverband ist auch in den sozialen Medien weiter präsent. Theis hofft, die Veranstaltung zum Klimawandel "Kleine Gase – Große Wirkung" von Ende März und

die ursprünglich für Mai 2020 geplante Infoveranstaltung für Senioren mit einem Vertreter der Polizeidirektion Reutlingen zum Thema "Enkeltrick und andere Abzocke" zu einem späteren Zeitpunkt nachholen zu können.

In der letzten Online-Sitzung befasste sich der Vorstand mit der Genossenschaftsidee für eine Schlachtstätte im Ermstal. Momentan läuft hier die Machbarkeitsstudie, entscheidend wird aber sein, wie viele aktive Nutzer bereit sind, in der Genossenschaft mitzumachen. Jeder Bürger und Kunde sollte mit seinem Metzger sprechen, sich hier in dieses regionale Konzept einzubringen, so der CDU-Vorstand. Aber auch jeder Bürger kann die Idee einer regionalen Schlachtstätte unterstützen, in dem er mit einem von ihm selbst gewählten Betrag in der Genossenschaft Mitglied wird. Infos dazu gibt es im Netz (www.schlachthofgenossenschaft-ermstal.de). Je mehr Bürger den Gedanken von Nachhaltigkeit, Regionalität und Transparenz bei der Erzeugung unserer Lebensmittel unterstützen, umso stärker kann die Genossenschaft auch gegenüber der Politik auftreten. Zwar ist es nicht Aufgabe der Stadt, einen neuen Schlachthof zu bauen und zu betreiben, aber die Stadt unterstützt bereits jetzt die Machbarkeitsstudie und für die CDU ist es durchaus vorstellbar, dass die Kommune der Genossenschaft ein Grundstück in Erbpacht zur Verfügung stellt und wenn nötig Baurecht ändert oder schafft.

Zwei Gemeinderatssitzungen sind bisher der Coronakrise zum Opfer gefallen. Trotzdem tagte die CDU-Fraktion mehrfach online um Entscheidungen im Umlaufverfahren vorzubereiten und die Informationen der Verwaltung zu bewerten. Hauptaugenmerk der CDU-Gemeinderäte wird bei der Haushaltseinbringung am heutigen Donnerstag die Zukunft der Metzinger Großprojekte Feuerwehr/Bauhof, Kombibad und Erweiterung/ Sanierung Gymnasium sein. Alles pauschal zu stoppen macht keinen Sinn, so Fraktionsvorsitzender Ruopp. Gleich wie die Finanzverwaltung zunächst einen Überblick über die aktuelle Finanzlage bekommen muss - was nicht einfach und endgültig sei dürfte - müssen wir bei jedem Invest feststellen, wo wir aktuell stehen und mit welchen Folgen ein Exit verbunden wäre bzw. welche Strategie einzuschlagen klug ist. Hier gilt es auch, wenn nötig, in neue Richtungen zu denken, da sich mögliche Risiken verlagert bzw. neu gebildet haben können. So raten Vergabeexperten momentan von Einzelvergaben bei Gewerken von Großprojekten ab, sicherer sei hier der Weg über den Generalunternehmer. Die CDU-Fraktion sieht Verwaltung und Gemeinderat vor großen Herausforderungen. Die hatten wir aber in der Vergangenheit auch schon, so altgediente Fraktionäre, nur könnten sie jetzt größer sein, als wir uns derzeit vorstellen können.



#### Stadtverband Reutlingen

## CDU trauert um Rainer Löffler

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands in Stadt und Kreis Reutlingen nimmt in tiefer Trauer Abschied von ihrem Freund und ehemaligen Fraktionsvorsitzenden

## Rainer Löffler

Wir verlieren mit ihm einen hochkompetenten Fachmann der viele Jahre als Stadtrat und Fraktionsvorsitzender in der Kommunalpolitik gewirkt hat. Seine liebenswürdige und menschliche Art sowie sein großes und vielfältiges Engagement werden wir schmerzlich vermissen. Seiner Familie gilt unsere Anteilnahme.

In ehrendem Gedenken und großer Dankbarkeit

Gabriele Gaiser

Manuel Hailfinger Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes

Michael Donth Karl-Wilhelm Röhm Mitglied des Deutschen Bundestages Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

## CDU trauert um Werner Haußmann

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands in Stadt und Landkreis Reutlingen nimmt in tiefer Trauer Abschied von ihrem Freund und langjährigen Fraktionskollegen

# Werner Haußmann

Wir verlieren mit ihm einen kompetenten und engagierten Kollegen, der viele Jahre als Stadtrat, Kreisrat und Bezirksgemeinderat in der Kommunalpolitik gewirkt hat. Seine liebenswerte und menschliche Art sowie sein großes und vielfältiges

Engagement werden wir schmerzlich vermissen. Seiner Familie gilt unsere herzliche Anteilnahme.

In ehrendem Gedenken und großer Dankbarkeit

Gabriele Gaiser Vorsitzende des CDU Stadtverbands

Manuel Hailfinger Vorsitzender des CDU-Kreisverbands

Florian Weller

**Michael Donth** Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion

Karl-Wilhelm Röhm Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

#### Stadtverband Trochtelfingen

## CDU trauert um Erwin Uhland



Der CDU Stadtverband Trochtelfingen trauert um

Herm

#### **Erwin Uhland**

Erwin Uhland hat in mehr als 50-jähriger Mitgliedschaft in der Christlich Demokratischen Union vor allem die politische Arbeit "seines" Stadtverbandes Trochtelfingen seit dessen Gründung ganz maßgeblich geprägt und mitgestaltet. Als langjähriger Kassenprüfer stellte er seine große Sachkenntnis in den Dienst des Stadtverbandes. Seine hohe persönliche Kompetenz und sein kreativer Fortschrittsgeist machten ihn zu einem Modernisierer und Bewahrer gleichermaßen. Er war nahe bei den Menschen, seine umfassende Sachkenntnis und sein von einer tiefen wertorientierten Grundhaltung geprägter selbstloser Einsatz brachten ihm weit über den CDU Stadtverband hinaus großen Respekt und Anerkennung vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger ein.

Wir werden seinen klugen Rat, seinen Humor und seine liebenswürdige menschliche Art vermissen. Seiner Familie gilt unsere herzliche Anteilnahme.

Wir werden ihm in großer Dankbarkeit stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes

Hans Martin Haug stv. Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes

## Aus den Arbeitskreisen

#### Arbeitskreis Werte und Politik

#### Den Kindern zuliebe

#### Der CDU-Arbeitskreis "Werte und Politik" beschäftigte sich mit Ehe und Familie

Der CDU-Arbeitskreis Werte und Politik unter Leitung von Annegret Lucas-Zweigle hat sich Anfang März dem Thema Familie gewidmet. Gastredner an diesem Abend waren der ehemalige Bundestagsabgeordnete Ernst-Reinhard Beck und Pfarrerin Maike Sachs aus Gächingen. "Welchen Stellenwert haben Ehe und Familie für unsere Gesellschaft" lautete der Titel des Abends. Der Mainstream verunsichere die Menschen, sagte Annegret Lucas-Zweigle.

Ehe und Familie hatten einst einen sehr hohen Stellenwert, dieser drohe nun zerrüttet zu werden aufgrund der heranwachsenden Popularität des Genderismus. Die herkömmliche Familie werde mit ihren Werten und Einstellungen immer öfter abgelehnt. "Kin-

dergesetze könnten über die Köpfe der Eltern hinweg beschlossen werden." Das christliche Menschenbild solle ersetzt werden, befürchtet Lucas-Zweigle. "Unserer Gesellschaft droht die kulturelle Finsternis, wenn wir unsere kulturellen Wurzeln verdrängen."

Ernst-Reinhard Beck zeigte die historische Entwicklung der Ehe und ihren Stellenwert in der Vergangenheit. Er verwies auch auf die Familie. Diese werde grund-

sätzlich immer mit der Zeugung von Kindern in Verbindung gebracht. "Da, wo Kinder sind,



rechtliche Definition der v.l. Maike Sachs, Annegret Lucas-Zweigle und Ernst-Reinhard Beck.

das ist auch eine Familie." Die Auffassung von Ehe sei zwar vielseitig, aber sie werde

# Ferienhaus in Ostkanada (Nova Scotia) zu verkaufen

GRUNDSTÜCK: LOT 1A 10.620 m²

OZEANFRONT 126, 60 lm LAUT VERMESSUNGSPLAN

#### **AUF DEM GRUNDSTÜCK STEHEN 3 GEBÄUDE:**

- 1. HAUS MIT TURM
- 2. GÄSTEHAUS
- 3. BOOTSSCHUPEN

GRUNDFLÄCHE HAUS OHNE ANBAU ca. 70 m² LOFT ca. 15 m<sup>2</sup> TURM 2 x 10 ca. 20 m<sup>2</sup>

HAUSWIRTSCHAFT + SCHRANKRAUM ca. 10 m<sup>2</sup>

Preis: Preisvorstellung 345.000 Euro

Emil-Haag-Straße 27 71263 Weil der Stadt **Fon** 07033 5266-75 info@brigitte-nussbaum.de



## Aus den Arbeitskreisen

immer mit der Weitergabe von Leben definiert. "Kirchliche Würdenträger dürfen sich nicht mehr frei zur Genderideologie äußern, ansonsten gelten solche Äußerungen als Diskriminierung", kritisiert Beck.

Bei 93 Prozent der Eheschließungen handelt es sich um traditionelle Ehen zwischen Mann und Frau, und dennoch nehme die Genderideologie täglich an Popularität zu. Die Ehe werde weiterhin als die gegenseitige Verantwortung zwischen Eltern und Kindern aufgefasst. "Was wird aus unserer Gesellschaft, wenn die ursprüngliche Definition von Ehe und Familie ihre Bedeutung verliert?".

Die Gächinger Pfarrerin Maike Sachs griff in ihrem Vortrag auf die Beschreibung von Ehe und Familie aus der Bibel zurück. Die Familie wird als die Keimzelle des Zusammenlebens beschrieben.

"Die Kirche bewilligt das Segnen von gleichgeschlechtlichen Paaren, dennoch wird die Eheschließung dieser Paare abgelehnt." Dabei solle deutlich werden, dass die Personen gesegnet werden, aber nicht ihre Ehe. Denn das lehne die Kirche bisher ab. Der Bund zwischen Mann und Frau sei das Ebenbild Gottes und in diesem Zusammenhang sei keine Rede von dem Bund gleichgeschlechtlicher Paare.

Das Bild der Familie sei einzige Quelle des menschlichen Lebens "und sollte weiterhin in unserer Gesellschaft als einzig und allein vertretbar gelten, ohne dass dabei andere diskriminiert werden", so Sachs.

"Unseren Kindern zuliebe sollten wir nicht an diesem Bild rütteln. Wir sind als Christen verpflichtet, die traditionelle Familie und ihre Werte zu schützen, und wir sollten endlich anfangen weiterzudenken und uns nicht von einem Mainstream, der von Mode und Medien propagiert wird, verunsichern lassen."

#### Politisches Gedicht

Man staunt, die ganze Welt steht Kopf, ein böser Virus legt uns lahm, bringt Erwachsne zurück an Herd und Topf, weil man uns viele Freiheiten nahm. Mal eben hinüber ins Restaurant? Ihr Lieben, das ist für Wochen vorbei! Virologen und Politiker haben richtig erkannt, dass Kontaktvermeidung jetzt besser sei. So sitzen wir im eignen Heim beengt, um uns und andre zu schützen. Eine Ausgangsbeschränkung wurde verhängt. Die soll uns allen nützen. 2020, ein verlorenes Jahr?: Ja, für Reisen all überall hin. Doch das Wasser und die Luft werden klar, so hat Corona einen Sinn. Vögel singen intensiver, die Natur atmet auf. Wir genießen, dass es sprießt und blüht. Unsre Sinne sind geschärft für des Jahres Lauf. Streckt euch der Sonne entgegen, wenn sie glüht. Plötzlich beweisen Menschen Solidarität, zeigen mannigfach ihren guten Kern. So mancher benutzt seine Kreativität, hält Schutzkleidung, Masken von andern Ländern fern. Ein einig Europa ist Zukunftsmusik, Nationalstaaten bleiben bestehn. Wir benötigen sie noch, das bedeutet kein Zurück, man muss die Eigenart sehn. Menschen brauchen Heimat, ihre Wurzeln und Kultur.

Globalisierung übersteigt ihre Kraft.

Die meisten schätzen, was diese geschafft. Kommt nun die Abkehr vom EGO-Weg? Ist immer mehr sein und haben das Glück? Entscheidend, welchen Wert ich zugrunde leg, was mich vorantreibt oder zurück. Noch ist es Zeit, sich zu besinnen, die Erde verzeiht und Gott tut es auch. Schlechtem Schicksal können wir so entrinnen: überdenken, ändern ist guter Brauch. Das C in CDU wurde bewusst gewählt, weil Christliches einst Orientierung gab. Heute hat man das ausgezählt, viel Macht trat man an Ideologen ab. Eine aggressive Truppe gendert am Volk vorbei. Der Papst sieht große Gefahr. Die Politik zog nach, war der Bibel nicht treu: Die Ehe für alle gibt 's seit letztem Jahr. Unsere Sprache wird verhunzt, Grammatik ade! Sternchen, andre Begriffe, politische Pflicht? Jedem Sprachgewandten tut das so weh, Autoren, Germanisten, wehrt Ihr Euch nicht? Hochschulen, Verwaltung und Presse machen mit, das ist ja schließlich modern. Gebt bitte dem Mainstream einen Tritt, nur am Himmel steht Stern an Stern. Corona hat uns vieles gelehrt, es wurde uns so manches glasklar. Das Leben ist unendlich mehr wert, suchen wir danach, was wirklich wahr!

Sie lieben ihr Land, der Vorfahren Spur.

Annegret Lucas-Zweigle, April 2020

## Was? Wann? Wo?

#### Rubrik "Geschichte der CDU"

# 75 Jahre CDU

Nach dem 2. Weltkrieg erfolgte der Durchbruch christlicher, interkonfessioneller, für alle sozialen Schichten offenen Volksparteien nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

#### Initiativen

In Deutschland bildeten sich wenige Wochen nach Kriegsende - als Reaktion auf das Scheitern der Weimarer Republik, auf Nationalsozialismus und Weltkrieg - in vielen Städten unabhängig voneinander christlichdemokratische Parteigruppierungen. Anders als bei SPD, KPD und - wenn auch nicht in gleichem Maße - bei den Liberalen, die nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Reiches 1945 unmittelbar an ihre überkommenen Traditionen anknüpfen konnten. lassen sich bei CDU und CSU keine direkten Verbindungslinien in die Vergangenheit ziehen. Ihre Gründung kann auch nicht auf ein Datum fixiert werden. Der Zusammenschluss von sehr unterschiedlich geprägten lokalen Gründungen zu regionalen Verbänden zog sich bis 1947 hin.

Eines der wichtigsten Daten der Frühgeschichte der Union ist das Godesberger Reichtreffen vom 14.-16. Dezember 1945, an dem die bayerische CSU allerdings nicht teilnahm. Von diesem Zeitpunkt an wurde der Name "Union", wie er in Berlin und in der SBZ geprägt worden war, im Westen übernommen: in der britischen Zone und in Hessen (bisher Christlich-Demokratische Partei), in Rheinhessen und Nordwürttemberg (Christlich-Soziale Volkspartei) und verzögert in Südbaden (Badische Christlich-Soziale Volkspartei BCSV). Allerdings vermochten die Berliner Gründer nicht, ihren Führungsanspruch gegenüber den Regionalparteien durchzusetzen.

Der in Godesberg angestrebte Dachverband für die verschiedenen Landesverbände, deren Bildung erst 1947 abgeschlossen war, kam nicht zustande, und der als verbindende Klammer in Frankfurt eingerichtete Zonenverbindungsausschuss, der Anfang 1946 ins Leben gerufen wurde, erlangte keine Bedeutung.

Auch die im August 1946 gegründete Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU blieb mit ihrem Generalsekretariat in Frankfurt wenig schlagkräftig. Immerhin brachte sie die führenden Unionspolitiker aus den Ländern zusammen: Jede Zone entsandte fünf Vertreter und fünf

Stellvertreter, Berlin zusätzlich einen Vertreter, die mit dem neunköpfigen Vorstand nach länderübergreifenden einheitlichen Lösungen suchten. Es dauerte fast fünf Jahre, bis auf dem 1. Parteitag in Goslar im Oktober 1950 eine gemeinsame Organisation, die CDU-Bundespartei, gebildet wurde.

#### Intention und Zielsetzung

Die Kristallisationskerne von CDU und CSU sind häufig als "spontane" Reaktionen auf die geistige und materielle Katastrophe bezeichnet worden, die das Dritte Reich hinterlassen hatte. Tatsächlich aber waren schon während der Gewaltherrschaft überall evangelische und katholische Christen, Gewerkschafter, ehemalige Anhänger der konfessionellen (Zentrum, Bayerische Volkspartei (BVP), Christlich-Sozialer Volksdienst (CSVD)), liberalen (DDP/DStP und DVP) und konservativen (DNVP u.a.) Parteien zusammengekommen, um die Gestaltung des künftigen Deutschland zu beraten und vorzubereiten. Treffend hat einer der Kölner CDU-Gründer (Leo Schwering) vom "Katakombengeist" gesprochen, der die Anfänge der Partei geprägt habe.

Man war sich einig im Willen, die für Kapitalismus wie Marxismus gleichermaßen verantwortlich gemachte materialistische Weltanschauung sowie totalitäre und kollektivistische Tendenzen zu bekämpfen. Der zu schaffende neue Staat sollte den Gesetzen von Recht und Sittlichkeit unterworfen sein, die Grundsätze der christlichen Ethik sollten erneuert, und die Würde der einzelnen Person und die Freiheit des Einzelnen sollten gegen übertriebene Machtbefugnisse des Staates wiederhergestellt werden.

In bewusster Abkehr vom traditionellen deutschen Parteiensystem und seiner Zersplitterung, die als mitverantwortlich für das Scheitern der Weimarer Republik galt, zog man die Konsequenz und rief zur Sammlung all jener Kräfte auf, die "nicht in den Programmen der KPD und SPD ihre politische Heimat finden" (Berlin, 26. Juni 1945) und die bereit waren, "alte Bahnen und Denkweisen zu verlassen" ("Kölner Leitsätze", 17. Juni 1945).

#### "Berliner Gründungsaufruf" vom 26. Juni 1945

Dass diese Sammlung nur in einer neuartigen schichtenübergreifenden Volkspartei zu ver-



Wenn man in Baden-Württemberg über Amtsblätter spricht, kommt man an dem Familienunternehmen Nussbaum Medien nicht vorbei. Die Verlagsgruppe ist mit ihren 10 Niederlassungen in Weil der Stadt, St. Leon-Rot, Bad Rappenau, Rottweil, Ebersbach an der Fils, Horb, Dusslingen, Gaggenau, Echterdingen und Ettlingen tief in diesem Marktsegment verwurzelt.

Mit über 560 Mitarbeitern und einer wöchentlichen Auflage von mehr als 1,1 Millionen Exemplaren, die in über 380 Städten und Gemeinden erscheinen, ist das Unternehmen klarer Marktführer in Baden-Württemberg.

Nussbaum Medien unterstützt das aktive gesellschaftliche Leben in dieser Region. Dem Claim und Motto "Heimat stärken" möchte die Verlagsgruppe durch ihre Entscheidungen und ihr Tun gerecht werden.

www.nussbaum-medien.de



wirklichen war, die sich überkonfessionell den Grundsätzen des Christentums verpflichtete, stand für die Gründer außer Frage. So haben sie ihre Konzeption "in der Besinnung auf die Werte des Christentums" auch als bewusstes Signal für einen grundsätzlichen und demokratischen Neubeginn verstanden.

Diese Zielsetzung besagte aber nicht, dass die neue politische Bewegung für sich das Monopol beanspruchte, als einzige Partei christliche Politik zu betreiben oder zu behaupten, dass sich nur bei ihr die Christen politisch zusammenfinden konnten. Die CDU und CSU und ihre Gründer haben nie bestritten, dass auch außerhalb ihrer Organisation noch andere Möglichkeiten zur individuellen Vertretung christlicher Grundsätze und Interessen in der Politik existieren können.

Allein die Union aber bekannte sich als Weltanschauungspartei expressis verbis auch im politischen Leben zum christlichen Menschenbild und zu den moralischen und rechtlichen Grundsätzen, die vom Naturrecht, von der christlichen Ethik und von der "abendländischen Kultur" her bestimmt werden.

Insofern verstand sich die Partei in der Bewahrung dieser Werte als "konservativ", in der Wertschätzung der Freiheit und des Freiheitsstrebens als "liberal", und nicht zuletzt in ihrem Bestreben um Gerechtigkeit im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenleben auch als "sozial". Sie sollte weder eine katholische, noch eine protestantische Partei sein, sondern die Gemeinsamkeiten beider Konfessionen in sich vereinen.

#### Bedeutung der Union

Es ist heute vielfach in Vergessenheit geraten, welch tiefen Einschnitt die Entstehung von CDU und CSU nicht nur in der deutschen Parteiengeschichte bedeutet: Mit ihrem politischen Gestaltungswillen, der divergierende politische und gesellschaftliche Strömungen - den politischen Katholizismus, Christliche Gewerkschaften, den deutsch-nationalen protestantischen Konservatismus, Teile des liberalen Bürgertums – in die politische Mitte zwischen Rechtskonservatismus auf der einen und Sozialdemokratie und Kommunismus auf der anderen Seite integriert, setzte sie ein nachhaltiges Signal für den demokratischen Neubeginn. Nicht ohne Grund ist sie "alles in allem der spontanste, sichtbarste und der wirksamste politische Ausdruck der Wandlung Deutschlands und der Deutschen im 20. Jahrhundert" (Eugen Gerstenmaier) genannt worden.

Innerhalb kurzer Zeit gelang es der Union, unter Betonung ihrer christlichen Grundlage ohne konfessionelle Bindung und unter bewusster Abwendung von der Tradition deutscher Parteienzersplitterung jene Kräfte zu binden, die sich in den Zeiten gemeinsamer nationalsozialistischer Verfolgung zusammengefunden hatten.

Weniger durch eine ins einzelne gehende Programmatik als vielmehr durch Postulierung einiger zentraler Leit- und Wertvorstellungen vermochte sie, die durch Diktatur und Krieg hindurchgegangenen Wähler in allen Zonen in kaum erwarteter Weise an sich zu ziehen. Auf Anhieb gewann sie in den Landtagswah-

len der Jahre 1946 und 1947 500.000 Stimmen mehr als die SPD. In den Ländern Baden, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern konnte die neue Partei die Ministerpräsidenten stellen.

Günter Buchstab

#### (Quelle:

https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/gruendungsphase-der-cdu-1945-1949-)

#### Mitarbeit in unseren Arbeitskreisen

Für die Mitarbeit in unseren Arbeitskreisen Christ und Politik, Bildung, Tierschutz, Europa, Werte und Politik sowie Verkehr und Infrastruktur können sie sich unter post@cdu-kreis-reutlingen.de anmelden.

Weitere Informationen finden Sie auf: www.cdu-kreis-reutlingen.de/arbeitskreise.

## Was? Wann? Wo?

## **Aktuelle Termine**

Aktuelle Termine finden Sie unter www.cdu-kreis-reutlingen.de/termine.

# Was? Wann? Wo?







Das neue Stellenportal für Baden-Württemberg

Im letzten Jahr hat Nussbaum Medien in seinen über 360 Amtsblättern und Lokalzeitungen ca. 40.000 Stellenangebote veröffentlicht. Umgerechnet entspricht dies ca. 800 Stellenangeboten pro Woche.

Auf **www.jobsuchebw.de** finden Sie ab sofort viele exklusive Stellenangebote aus unseren Amtsblättern und Lokalzeitungen, die ansonsten auf keinem weiteren Online-Stellenportal veröffentlicht sind. Darüber hinaus werden auf jobsucheBW auch Stellenanzeigen aus Partnerportalen mit ausgespielt.





Im Frühjahr 1945 übergab ein gewisser Gottlob Hettler, ein Kriegsteilnehmer des 1. Weltkrieges, sein Heimatdorf Eberdingen im früheren Kreis Vaihingen an der Enz an die vorrückenden Franzosen. Dies tat er, da man ihn kurz vor Kriegsende gebeten hatte, das Amt des kommissarischen Bürgermeisters zu übernehmen. Dabei ging er lediglich mit einer weißen Fahne los und tat dies ohne zu wissen, ob er abends wieder heil nach Hause kommen würde. Dieser mutige Schritt bedeutete zugleich das Kriegsende für seinen Heimatort.

Das Ende des 2. Weltkrieges, der Zerstörung und Verzweiflung über ganz Europa brachte, jährt sich in diesem Jahr zum 75. Mal. Doch auch nach dem vollständigen Zusammenbruch blieben seine Folgen noch lange spürbar. Denn der lange Schlagschatten dieses Krieges bestimmte die bundesrepublikanische (Erfolgs-)Geschichte immer wieder maßgeblich. Zugleich haben diese historischen Debatten und politischen Kontroversen auch die Christdemokratie nachhaltig geprägt. Aus diesem Anlass möchten wir einige der historischen Wegmarken in den Fokus nehmen und wichtige Schlaglichter kurz beleuchten.

Im September 1949 machte der erste Bundeskanzler der jungen Bundesrepublik, Konrad Adenauer, bei seinem Antrittsbesuch auf dem Petersberg bei Bonn einen mehr als symbolischen Schritt vorwärts, so dass er auf einem Teppich zum Stehen kam. Diese Geste war ausdrücklich nicht erwünscht, denn ihm gegenüber standen die drei Hohen Kommissare der Westalliierten. Und Adenauers Platz jenseits des Teppichs sollte den Deutschen unmissverständlich klar machen, wo die Bundesrepublik stand. Nach bedingungsloser Kapitulation und vollständiger alliierter Besetzung hatte Deutschland nicht nur seine staatliche Souveränität verloren. Aufgrund all der schrecklichen Verbrechen des Krieges hatte es zudem seine moralische Integrität eingebüßt, so dass es kein gleichwertiges Mitglied der Völkerfamilie mehr war. Aber Adenauer war fest entschlossen, Deutschland zurück in die Völkergemeinschaft zu führen und es wieder zu einem verlässlichen und gleichrangigen Partner zu machen. Dafür waren zahlreiche Schritte nötig:

# Westintegration als Basis der späteren Wiedervereinigung

Der Schlagschatten des 2. Weltkrieges bestimmte gerade in der jungen Bundesrepublik maßgeblich die politischen Weichenstellungen. Nicht nur, dass Deutschland geteilt worden war und faktisch unter alliierter Besatzung stand. Es ging zudem um die grundsätzliche Frage, wie man sich zukünftig im internationalen Mächtesystem positionieren sollte. Dabei lehnte Adenauer das Konzept einer staatlichen Neutralität zwischen den beiden ideologischen Blöcken strikt ab. Stattdessen verfolgte er konsequent den Weg einer entschiedenen Westintegration, das heißt einer engen Bindung an die freiheitlichwestlichen Demokratien unter Führung der USA. Dabei gelang es ihm, Deutschland von einem besiegten und besetzten Feind zu einem verlässlichen und gleichrangigen Partner zu machen, der in das westliche Bündnissystem eingebunden wurde. So war es möglich, sukzessive viel verlorenes Vertrauen wiederzuerlangen.

In der Folge beendeten die westalliierten Besatzungsmächte im Jahr 1951 den offiziell immer noch bestehenden Kriegszustand mit Deutschland. Als letzte der vier Siegermächte folgte die Sowjetunion im Januar 1955 diesem Schritt. Daraufhin erlangte die Bundesrepublik mit Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 weitgehend ihre staatliche Souveränität zurück. Damit wurde gleichzeitig der alliierte Besatzungsstatus aufgehoben, sodass Deutschland fast auf den Tag genau 10 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation wieder ein (größtenteils) souveräner Staat war. Zugleich war die Bundesrepublik durch ihre Aufnahme in die NATO seit 1955 fest in die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft integriert.

#### "Heimkehr der Zehntausend"

Der sicher emotionalste politische Erfolg Adenauers war – mehr als ein Jahrzehnt nach Kriegsende – die "Heimkehr der Zehntausend". Im September 1955 war es ihm nach zähen Gesprächen in Moskau gelungen, die Freilassung der letzten noch verbliebenen, knapp 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus sowjetischer Gefangenschaft zu erreichen. Deren Heimkehr und die tiefe Emotionalität ihres Empfangs machten deutlich, wie unglaublich groß jene Wunden waren, die dieser Krieg mit all seinen schrecklichen Folgen gerissen hatte. Stellvertretend hierfür steht das Bild einer älteren Frau, deren Ehemann unter den Heimkehrern war und die, als Ausdruck zutiefst empfundener, unendlicher Dankbarkeit, einen Kniefall vor dem alternden Bundeskanzler machte.

#### Auschwitzprozesse

Eine weitere historische Wegmarke waren zweifelsohne die Auschwitzprozesse, die die deutsche Öffentlichkeit, knapp zwanzig Jahre nach Kriegsende, erstmals dazu zwangen, sich umfassend juristisch mit dem Massenmord an den europäischen Juden zu befassen. Der erste dieser Prozesse gegen früheres SS-Personal im Vernichtungslager Auschwitz begann im Dezember 1963 vor dem Landgericht Frankfurt am Main und dauerte mehr als eineinhalb Jahre. Er war zugleich der größte Strafprozess in der bisherigen deutschen Nachkriegsgeschichte. Treibende Kraft war der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer gewesen, der die juristische Aufarbeitung maßgeblich vorangetrieben hatte. Dabei stieß Bauer auf mitunter starken Wiederstand, auch aus Kreisen der Justiz, von dem er sich jedoch nicht beirren ließ.

#### Die Rede Richard Freiherrn von Weizsäckers

Einen tiefen Einschnitt, gerade auch in konservativen Unionskreisen, stellte zweifelsohne jene Rede dar, die Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes hielt. Sein Ausspruch vom 8. Mai 1945 als "Tag der Befreiung" war für viele – auch und gerade in konservativen Kreisen – nur schwer zu akzeptieren. Dies galt insbesondere für jene, die den Krieg als junge Wehrmachtssoldaten selbst miterlebt hatten. Denn sie mussten die bedingungslose Kapitu-

# 75 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs

lation als junge Soldaten natürlich als militärische Niederlage empfunden haben. Zudem bedeutete das Kriegsende für viele eine nach wie vor schmerzliche persönliche Erinnerung, die sie mit dem tragischen Verlust der eigenen Heimat in den früheren deutschen Ostgebieten verbanden. Dabei wirkt Weizsäckers Rede umso beeindruckender, wenn man bedenkt, dass er selbst den gesamten Krieg als Wehrmachtssoldat, und große Teile davon an der Ostfront, miterlebt hatte und sein älterer Bruder, der mit ihm im selben Regiment diente, schon in den ersten Tagen des Polenfeldzuges gefallen war. Er kannte also den unfassbar schmerzlichen Verlust, den dieser mörderische Krieg verursachen konnte. Umso ehrenvoller muss daher die Würdigung für das Werk dieses wahrhaft großen Staatsmannes ausfallen.

#### Die deutsche Wiedervereinigung

Dabei beschäftigte die Erinnerung an den Krieg keineswegs nur die Deutschen selbst. Dies wurde überraschend deutlich, als nach dem Fall der Mauer die ersten Bestrebungen einer deutschen Wiedervereinigung aufkamen. So titelten beispielsweise englische Boulevardzeitungen in großen Lettern vom drohenden "4th Reich", einem 4. Reich, das mancher bereits unheilvoll aufziehen sah. Wenngleich uns diese Ängste nach 30 Jahren erfolgreicher Wiedervereinigung heute merkwürdig fremd erscheinen, so waren sie damals doch sehr real und prägten mitunter die öffentliche Meinung gerade in Großbritannien und Frankreich. So warnten im Hinblick auf die "deutsche Frage" sowohl Margaret Thatcher als auch François Mitterrand vor einer Störung des europäischen Gleichgewichts durch eine befürchtete deutsche Dominanz. Dabei war es zweifelsohne das große Verdienst von Helmut Kohl, diese mitunter massiven Vorbehalte überwinden zu können. Nämlich indem es ihm glückte, die vormaligen Alliierten davon zu überzeugen, dass auch ein wiedervereintes und damit größeres Deutschland ein ebenso zuverlässiger politischer Partner in der Mitte Europas bleiben würde.

Ob wir dies wollen oder nicht, das Erbe des 2. Weltkrieges begleitet uns bis heute. Dabei liegt es an uns, was wir aus diesem Erbe machen. Wenn wir uns mit Stolz und Gestaltungswillen an solch mutigen Männern wie Konrad Adenauer, Richard von Weizsäcker, Helmut Kohl und meinem Urgroßvater orientieren, dann können wir Christdemokraten voller Zuversicht sein.



Die CDU Baden-Württemberg zum 8. Mai 2020

# "Wir müssen den Frieden jeden Tag neu erarbeiten"

Am 8. Mai jährte sich das Ende des zweiten Weltkriegs in Europa zum 75. Mal. Dazu erklärt der Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg, der stellvertretende Ministerpräsident Thomas Strobl: "Der 8. Mai markiert zeitgleich Ende und Anfang. Er markiert das Ende des abscheulichsten Abschnitts unserer Geschichte, voller Verbrechen und Unrecht. Er markiert gleichzeitig den Anfang von 75 Jahren Einigkeit und Recht und Freiheit, einen Neubeginn, auf den wir auch mit Stolz blicken können.

Mit diesem Tag geht für uns eine große Verantwortung einher. Wir kennen diesen Krieg aus Geschichtsbüchern oder teilweise aus Erzählungen unserer Großeltern und Eltern. Wir haben das große Glück, in einem friedlichen Deutschland aufgewachsen zu sein. Doch allein der Blick in die jüngere Vergangenheit zeigt, dass das nicht selbstverständlich ist. Wir müssen den Frieden jeden Tag neu erarbeiten. Wir gehen daher verantwortungsvoll mit der Erinnerung an diesen schrecklichen Krieg um. Denn wir sind verpflichtet, so zu handeln, dass sich das Unfassbare nicht wiederholt.

Wir werden den 75. Jahrestags des Kriegsendes wegen der Corona-Pandemie nicht mit den geplanten Gedenkveranstaltungen begehen können, aber wir werden diesen Tag besonders in unseren Gedanken tragen. Und gerade die Zeiten von Corona zeigen uns einmal mehr, dass rein nationales Denken in die Sackgasse führt."

Kompetenz. Und Gottvertrauen.







Schon Obama 2006 hat gezeigt, dass Social Media perfekt ist, um potentielle Wähler mit ihren Sorgen und Beweggründen zu identifizieren und um mit ihnen direkt in Kontakt zu treten. Der Erfolg der Obama Kampagne hat dadurch das fundamentale Modell hinter Wahlkämpfen auf allen Ebenen aufgerüttelt. Nicht länger sind offline Maßnahmen der Großteil des Wahlkampfbudgets, sondern signifikante Ressourcen werden in den Aufbau von digitalen Werbekanälen gesteckt: Von Social Media Plattformen, zu Suchmaschinen und Messenger Marketing.

Von den Tools, die intern zur Kommunikation verwendet werden, bis hin zu den Wegen, mit denen Politiker mit der Öffentlichkeit kommunizieren: Digital spielt mittlerweile die Hauptrolle in jeder politischen Kampagne. Noch nie gab es einen effizienteren Weg eine Kampagne zu planen, zu organisieren und schlussendlich dafür Wähler zu mobilisieren. Genauso wie TV Politiker erstmals in die Wohnzimmer brachte, bringt Social Media jetzt die Stimmen der Wähler in die Büros der gewählten Vertreter, Entscheidungsträger und Aktivisten.

Die Verantwortung für die eigenen digitalen Kanäle trägt dabei jeder Politiker und jeder Verband selbst. Und nur wenn hier alle an einem Strang ziehen, kann der sogenannte Echokammer-Effekt erzielt werden, der heute zu großem Wahlerfolg führt.

Das Ganze hat auch darüber hinaus Bedeutung, denn es liegt an allen pro-europäischen Zentrumskräften, die digitale Welt nicht nur den Populisten und extremen Rändern zu überlassen. Wer digital nicht ernstnimmt, macht es heute den Populisten einfach. Denn der Wahlkampf findet für den Wähler digital statt, egal ob man daran teilnimmt oder nicht. Wer nicht darauf vertreten ist, wird von Wechselwählern auch nicht in Erwägung gezogen, wenn es in die Wahlkabine geht.

Der erste Schritt dazu ist die eigene Präsenz zu pflegen und den Content auf die speziellen Anforderungen von mobilen Plattformen und der modernen Aufmerksamkeitsökonomie anzupassen. Um Ihnen dabei zu helfen, haben wir folgende Tipps zusammengestellt, damit Ihre digitale Präsenz auch echte Resultate liefert:

#### Fokus auf visuell starke Videos

Dass Videos das wichtigste Kommunikationsmittel geworden sind, hat sich bereits rumgesprochen. Jedoch ist entscheidend, dass diese auch visuell spannend sind. Der Wähler möchte sich nicht einfach nur 60 Sekunden in die Kamera gesprochenen Monolog ansehen. Optimieren Sie das Video für mobil, achten Sie darauf, dass es am Anfang etwas gibt, das die Wähler beim Scrollen stoppt, und stellen Sie sicher, dass man das Video auch mit deaktiviertem Ton verstehen kann (zum Beispiel über Untertitel).

#### **Kurz halten**

Durchschnittlich investieren Nutzer maximal einige wenige Sekunden in einen Post. Deshalb sollte Content auch darauf optimiert werden. Innerhalb von maximal 15 Sekunden sollten alle wichtigen Botschaften vorkommen, die Sie platzieren möchten. Wenn Ihre Botschaft länger ist, wird sie ohnehin zu kaum Interaktion führen. Die Zeit der Wähler ist kostbar – behandeln Sie sie auch so.

#### **Botschaft zuerst**

Der alte Weg zum Beispiel in Videos Geschichten zu erzählen, ist dadurch geprägt, dass die Hauptbotschaft erst am Schluss kommt, nachdem die Spannung aufgebaut wurde. Diese Zeit geben einem Wähler heute jedoch nicht mehr.

Deshalb ist es wichtig immer mit der Hauptbotschaft zu beginnen, sei es in Videos oder auf der Webseite. Stellen Sie außerdem sicher, dass auch bei nur kurzer Aufmerksamkeit des Nutzers Ihr Name oder Ihr Logo klar sichtbar sind.

#### Investment an Ziel anpassen

Stellen Sie sicher, dass ein vernünftiger Anteil Ihres Budgets für digitale Maßnahmen reserviert ist. Die Kosten für Content Produktion und Werbung werden oft unterschätzt. Es zahlt sich aus, in einen guten Content Spezialisten im eigenen Team zu investieren.

#### Erster sein und Vorsprung gewinnen

Die digitale Welt ändert sich enorm schnell und laufend kommen Plattformen dazu. Als Kampagne muss man hier schnell und effizient analysieren, wie diese in die eigene Strategie implementiert werden können. Dies ist speziell wichtig, wenn man jüngere Wähler ansprechen möchte, deren Aufmerksamkeit sich oft auf neue Plattformen fokussiert.

Kampagnen, die schnell und flexibel reagieren, werden dafür oftmals mit starker Sichtbarkeit zu geringen Kosten belohnt. Zum Beispiel eignet sich im Moment LinkedIn hervorragend, um als wirtschaftsaffiner Politiker an Reichweite zu gewinnen.

#### **Echte Interaktion mit der Community**

Social Media definiert sich darüber, dass es kein einseitiger Kommunikationskanal ist. Nutzer wollen echten Dialog und es liegt an uns, diesen zu bieten. Antworten Sie auf Kommentare, bedanken Sie sich für den Input und stellen Sie sicher, dass nichts unbeantwortet bleibt. Das zeigt Wählern, dass es sich um eine echte Person hinter der Seite handelt, die wirkliches Interesse an ihren Sorgen und Wünschen hat. Wenn Ihr Kanal hingegen nicht authentisch und lieblos wirkt, verliert Ihr Kanal schnell an Mehrwert und das äußert sich dann in geringeren Interaktionsraten.

Natürlich gibt es noch viele weitere Elemente, die zu beachten sind. Aber wenn Sie die Basis richtig machen, haben Sie alle Voraussetzungen, um im nächsten Wahlkampf gut abzuschneiden.

**Thomas Ilk**, Managing Partner, Bacon & Bold **Chase Helton**, Political Digital Strategist, Bacon & Bold

Bild: Thomas Ilk bei der Klausurtagung der CDU Baden-Württemberg in Kloster Schöntal

#### Social Media

## Professionelle Grafiken ohne rechtliche Fallstricke

Die sozialen Medien leben in hohem Maße von guten Bildern: Die gleiche Reichweite in Form einer "Textkachel" (also einer Grafik bestehend aus einem passenden Bild mit einem kurzen Text) bekommt oft ein Vielfaches der Reichweite von einfachen Textbeiträgen.

#### Das Urheberrecht beachten

Auch wenn viele auf Facebook & Co. nicht so genau danach schauen, woher ein Bild kommt, gilt das Urheberrecht doch auch hier. Gerade wir als CDU-Verbände sollten dieses zwingend beachten und entsprechend ohne ausdrückliche Zustimmung des Urhebers der Bilder (Fotograf) oder der Rechteinhaber (Agenturen, Bilddatenbanken) keine Bilder auf unseren Webseiten verwenden.

Vermeiden Sie daher das "Kopieren und Einfügen" von Bildern aus dem Internet – große Bildagenturen und deren Kanzleien durchsuchen routinemäßig und softwarebasiert das Internet auf unlizenzierte Verwendung ihrer Werke und mahnen die unlizenzierte Nutzung ihrer Bilder ab. Auch in den letzten Monaten erhielten einige CDU-Verbände Abmahnungen, weil sie – auf ihrer Internetseite, auf sozialen Medien, aber auch in Ortsblättern – Fotos verwendet haben, an denen sie keine Nutzungsrechte hatten.

Daher bietet es sich zunächst an, Bilder aus Ihrem eigenen Fundus zu verwenden. Sollten Sie dennoch "fremde Bilder" aus dem Internet benötigen, buchen Sie die Nutzungsrechte dieser Bilder nur über seriöse Webseiten und Bilddatenbanken. Achten Sie dabei auf die richtigen Nutzungsrechte. Wenn Sie die Bildrechte nur für Print erworben haben, dürfen Sie das Foto z. B. nicht bei Facebook benutzen.

#### Sichere Bildquellen sind:

- » Die allgemeine Mediathek im Online-Design-Portal der CDU Baden-Württemberg unter bw.cdu-wahlkampf.de (zur Nutzung innerhalb des Portals)
- » Die Multimedia-Datenbank der CDU Deutschlands (Achtung: Loggen Sie sich mit Ihren CDU-Plus-Zugangsdaten ein, um auch die Kategorie "Themenbilder" zu sehen): www.bilder.cdu.de
- » Darüber hinaus finden sich zu vielen Themen frei nutzbare Bilder in Bilddatenbanken, beispielsweise pixabay.com

#### Bilder für CDU-Seiten aufbereiten

Es gibt zahlreiche öffentlich verfügbare "Kachel-Generatoren" wie etwa canva.com. Diese haben jedoch grundsätzlich den Nachteil, dass dort keine Gestaltungselemente der CDU hinterlegt sind und Ihre Ergebnisse insbesondere nicht in der richtigen Schriftart gesetzt sind. Wir empfehlen Ihnen daher, eines der Tools der CDU zu nutzen.

Die **CDU Baden-Württemberg** bietet in ihrem Online-Design-Portal entsprechende Grafiken an:

- » Gehen Sie auf bw.cdu-wahlkampf.de und loggen sich ein bzw. registrieren sich neu (dafür muss eine Rechnungsadresse angegben werden, die Social-Media-Grafiken sind jedoch kostenlos).
- » Gehen Sie auf die Kategorie "Facebook-Elemente".
- » W\u00e4hlen Sie die Vorlage, die Ihnen am meisten zusagt, laden Sie die passenden Bilder hoch und bearbeiten die Texte.

# 1

#### **Hinweis:**

Derzeit finden Sie in unserem Portal noch die Vorlagen in der Werbelinie zur Kommunalwahl. Diese werden wir jedoch bis zu den Sommerferien überarbeiten, modernisieren und optisch an die Werbelinie zur Landtagswahl anpassen.

Darüber hinaus gibt es im CDU Plus ein Design-Tool der **CDU Deutschlands** mit Vorlagen in der Optik der letzten Bundestagswahl. Dieses erreichen Sie wie folgt:

- » Gehen Sie auf cduplus.cdu.de und loggen sich ein bzw. registrieren sich mit Ihrer Mitgliedsnummer.
- » Gehen Sie im Menü auf "Druck, Bild und Online" – "Design-Tool".
- » Wählen Sie am besten eine der beiden Vorlagen "Facebook-Kachel: kurze Botschaft mit Bild (720x603px)" oder "Facebook-Kachel: Zitatkachel (720x603px)" (bzw. die entsprechenden Vorlagen für Instagram und Twitter, um diese Kanäle zu bedienen).
- » Auch hier können Sie die Grafiken auf einfache Weise anpassen und herunterladen.

#### Inhalte der Landes-CDU nutzen

Natürlich müssen Sie sich auch nicht jedes Mal die Arbeit machen, eigene Grafiken zu erstellen, wenn es um landes- oder bundespolitische Themen geht:

- » Teilen Sie Inhalte der Seiten "CDU Baden-Württemberg" und "Susanne Eisenmann" auf Ihren CDU-Kanälen.
- » Gelegentlich versenden wir Vorlagen an die Verbände. Lassen Sie sich gerne auf den Verteiler aufnehmen: cdu.org/socialmedia.



Im Online-Design-Portal der CDU Baden-Württemberg finden Sie alle Druckprodukte, die Sie für Ihre Parteiarbeit benötigen – demnächst auch in der Werbelinie zur Landtagswahl! Schauen Sie rein: bw.cdu-wahlkampf.de

# Schlusspunkt des Generalsekretärs



Mehr als 250 Funktions- und Mandatsträger aus ganz Baden-Württemberg sind zum ersten Digitalen Kampagnencamp der CDU Baden-Württemberg mit der CDU-Spitzenkandidatin, Ministerin Dr. Susanne Eisenmann, dem Landesvorsitzenden, Minister Thomas Strobl, und dem

Generalsekretär, Manuel Hagel MdL, zusammengekommen. Für Manuel Hagel war danach klar: "Die digitale Premiere heute hat gezeigt: Wir sind bis in die Haarspitzen motiviert! Und wir sind uns nah, auch ohne am selben Ort zu sein."



Der große Konferenzraum in der Landesgeschäftsstelle wurde für Videokonferenzen umgerüstet. Bei Sitzungen des Landesvorstands und anderer Gremien haben die jeweiligen Vorsitzenden die anderen Teilnehmer so jederzeit im Blick.

Unsere Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann war bereits gemeinsam mit einigen Abgeordneten über Facebook live und Instagram live im Gespräch mit den Menschen im



Für manche Online-Veranstaltungsformen wurde auch improvisiert - so musste beim Gespräch von Thomas Strobl und Manuel Hagel MdL mit der JU Württemberg-Hohenzollern eine Postkiste als Laptopständer herhalten.

**Herausgeber:** CDU Baden-Württemberg Heilbronner Straße 43, 70191 Stuttgart Tel.: 0711 66904-0, Fax: -15 E-Mail: service@cdu-bw.de

#### Verantwortlich Landesteil:

Philipp Müller, Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg Heilbronner Str. 43, 70191 Stuttgart Tel.: 0711 66904-0, Fax: -15 E-Mail: presse@cdu-bw.de

#### Verantwortlich Kreisteil:

Manuel Hailfinger, Kreisvorsitzender der CDU Reutlingen Seestraße 6-8, 72764 Reutlingen Tel.: 07121 3854-10, Fax: -30 E-Mail: post@cdu-kreis-reutlingen.de

UNION intern ist das offizielle Mitgliedermagazin des Kreisverbandes Reutlingen. Es erscheint viermal im Jahr und wird allen Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft ohne gesonderte Bezugsgebühr geliefert

## Verlag, Gesamtherstellung und

Anzeigenverwaltung: Klaus Nussbaum, Geschäftsführer Nussbaum Medien Weil der Stadt GmbH & Co. KG Opelstraße 29, 68789 St. Leon-Rot Tel.: 06227 873-0 E-Mail: rot@nussbaum-medien.de

# Schlusspunkt des Generalsekretärs

# Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Scheinwerfer, Kameras, eine 12,5-Quadratmeter-Messewand und drei Stelen mit Trennwänden dazwischen – drei Personen in einem Raum und über 250 Menschen im ganzen Land verteilt vor ihren Bildschirmen: In Zeiten von Corona sieht so eine Großveranstaltung der CDU Baden-Württemberg aus.

#### Digital ist das neue Normal

Aktuell gilt: Digital ist quasi das neue Normal. Das war schon vor Corona immer öfter so, in den letzten Monaten mussten wir aber alle noch einen Gang hochschalten. Wir fangen keineswegs bei null an. Im Gegenteil, wir sind jetzt schon seit einigen Jahren dabei, unsere CDU immer digitaler zu gestalten.

Aus der letzten Kommunalwahl kennen viele von Ihnen bereits unser Web-to-Print Angebot, ein Online-Design-Portal mit dem Sie aus Vorlagen Ihre personalisierten Werbemittel ganz einfach erstellen können. Von der "Facebook-Kachel" bis zum Plakat ist für alle etwas dabei. Auf unseren großen Veranstaltungen ist unsere Social-Media-Lounge mittlerweile ein fester Bestandteil und die Sozialen Medien von Instagram bis Twitter gehören selbstverständlich zum Kommunikationsmix unserer Partei. Von all dem profitieren wir in diesen Tagen gleich doppelt.

Auch Gremienarbeit kann in Zeiten von Corona nicht in der klassischen Präsenzsitzung stattfinden. Hier gehen wir daher ganz neue Wege. So hatten wir in den vergangenen Wochen diverse Premieren: die erste digitale Präsidiumssitzung, der erste digitale Landesvorstand, die ersten digitalen Sitzungen unserer Landesfachausschüsse und nicht zuletzt die erste digitale Kampagnenkonferenz

der CDU Baden-Württemberg. Und vor allem letztere hat richtig Spaß und Lust auf mehr gemacht. Wir haben uns am 8. Mai mehr als zwei Stunden lang ausgiebig und konzentriert ausgetauscht. Mit unserer Spitzenkandidatin Dr. Susanne Eisenmann, unserem Landesvorsitzenden Thomas Strobl und unseren Agenturen haben wir unseren Fahrplan 2021 zur Landtagswahl beraten.

Wir machen dabei auf virtuellem Weg das, was eine Volkspartei ausmacht: nämlich lebendig miteinander in Austausch kommen.

- » Digital
- » Direkt
- » Deutlich

Das ist die Handschrift der CDU. Und so werden wir unsere Arbeit auch auf dem Weg zur Landtagswahl und darüber hinaus weiterentwickeln.

Wie sehr unsere Partei trotz Corona lebt, haben uns auch unsere Verbände mit ihrer großartigen Kreativität gezeigt. Mit Veranstaltungen in Autokinos oder auf Sportplätzen kamen unsere CDU-Verbände in den vergangenen Wochen auch an ganz neuen Orten zusammen und hielten den derzeit so wichtigen Abstand ein. Danke, dass Sie vor Ort in den Verbänden so engagiert sind – egal ob in digitaler oder analoger Form. Sie tragen damit ganz entscheidend zur lebendigen Volkspartei CDU bei – dafür danke ich Ihnen von Hezen.

Wir sind uns nah, auch ohne am selben Ort zu sein

Seit vielen Wochen, mittlerweile seit Monaten, erleben wir einen neuen Alltag. Trotz der nun mehr und mehr möglichen Lockerungen bleibt es eine Ausnahmesituation, die uns allen viel abverlangt – dessen bin ich mir, sind

wir alle uns, sehr bewusst. Die vergangenen Wochen haben aber
auch gezeigt: Wir als CDU in
Baden-Württemberg sind uns
nah, auch ohne am selben Ort
zu sein. Wir halten zusammen –
gerade auch in schwierigen Zeiten.
Wir stellen uns auf neue Situationen
ein und lernen auch für die Zukunft
daraus, wie wir unsere Arbeit, wie wir
unsere Partei noch besser machen und
weiterentwickeln können. In diesem
Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien einen schönen Sommer.

Passen Sie auf sich und Ihre Lieben auf und bleiben Sie vor allem gesund!

Herzliche Grüße

Manuel Hagel MdL Generalsekretär

# Schützen wir unsere Einsatzkräfte!



# "In jeder Uniform steckt ein Mensch"

Wir können nicht akzeptieren, dass Angriffe auf unsere Polizei und Rettungskräfte zunehmen. Diejenigen zu schützen, die sonst andere beschützen – das ist unser klares Ziel. Wir zeigen null Toleranz bei Ausschreitungen und Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte. In Stuttgart hat die Stadt zu lange zugesehen. Abwarten ist keine Alternative mehr – wir müssen jetzt handeln!

Sei dabei und setz ein Zeichen für mehr Sicherheit auf unseren Straßen!

# Trag Dich jetzt ein und zeige Deine Unterstützung für unsere Polizei- und Rettungskräfte!

Gemeinsam für ein sicheres Baden-Württemberg für alle!



einsatzkraefte-schuetzen.cdu-bw.de